

Teilnehmende Beobachter

MfS, Verfassungsschutz und die 68er Revolte (Teil I)

Jochen Stadt

Gil Scott-Heron irrte sich 1969 gründlich, als er den Text zu seinem Song „The Revolution will not be televised“ niederschrieb. Das Gegenteil war der Fall. Die mediale Vermassung der Jugendrevolten in aller Welt war eine wichtige Voraussetzung des Selbstbewußtseins der Beteiligten, in einem globalen Zusammenhang für alles und jedes persönlich verantwortlich zu sein. Innerhalb kürzester Zeit waren Protest, Revolte und Revolution in, Tradition und Konvention out. Zum 50-jährige Jubiläum der Jugend- und Studentenrevolte sprudelt und brodelt es wieder im Äther und im Blätterwald wie anno dazumal, allerdings mit einem ganz anderen Grundrauschen. Die mediale Bewunderung des Ereignisses, die im Zehnjahresrhythmus der Jubiläen kontinuierlich angewachsen ist, erreicht nun – da aus den erregten 68er-Zeitgenossen längst Ruheständler geworden sind – vermutlich ihren Extremwert. Der Börsenverein des Deutschen Buchmarktes verzeichnet Neuemissionen zum 68er-Komplex in Hülle und Fülle, Tageszeitungen und Illustrierte bieten 68er Beilagen an, die öffentlich-rechtlichen und privaten Sender sind mit Dokus und Spielfilmen zur Stelle, bei YouTube wimmelt es von Filmschnipseln über die 67/68er Ereignisse. Über die verschiedenen Dimensionen und Kontexte des aufrührerischen Geistes, der in den 60er Jahren die junge Generation in vielen Ländern der Welt ergriff, liegen Geschichtserzählungen verschiedenster Art vor. Sie reichen vom nostalgischen Veteranenerzählungen über nachholende Dekonstruktionen bis zur Totalverdammung durch Beschädigte der Revolte. Zu diesen gehörte auch Gesine Schwan, die kürzlich mit einem Fehltritt ihres historischen Erinnerungsvermögens hervortrat. Sie erzählte dem *F.A.Z.*-Magazin – es widmete im Februar neben schrill-aktuellen Modetrends auch mehrere Seiten dem Thema „1968 heute“ –, daß „Studenten Bücher aus dem



Regal nahmen und verbrannten“ als sie aus Protest gegen die geplante Verabschiedung der Notstandsgesetze im Mai 1968 das Gebäude des Germanischen Seminars der Freien Universität Berlin besetzt und in „Rosa-Luxemburg-Institut“ umbenannt hatten. Das sei für sie ein Schock gewesen, erklärte Frau Schwan, und „für mich war es der letzte Schritt, die Polizei in die Universität zu holen“.¹

© Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

weder in der zeitgenössischen Berliner Presse, die ausführlich und äußerst mißbilligend

Für Schwans Behauptung gibt es keinerlei Belege,

¹ Gesine Schwan im Frankfurter Allgemeine Magazin vom Februar 2018, S. 82.

über die Besetzung berichtete, noch im historischen Schriftgut.² Auch damals beteiligte Germanisten können sich nicht an eine Bücherverbrennung erinnern. Im Gegenteil, die Besetzer hängten Plakate gegen Bücherklau auf. Sie waren nämlich ausgesprochen buchgläubig und als Germanisten dem geschriebenen Wort zugewandt.

Da die zeitgenössischen Quellen gut aufbereitet und zugänglich sind, stellt sich die Frage, wie Frau Schwan auf solchen Unsinn kommt. Vielleicht regte die Analogiesetzung ihre Freundin Götz Aly – „mit dem ich mich heute sehr gut verstehe“³ – ihr politologisches Gemüt derart an, daß ihr eine 68er Bücherverbrennung vor geistige Augen trat. Denn Aly sieht in seinem an persönlichen Bekenntnissen recht armen Buch „Unser Kampf“ Parallelen zwischen der NS-Studentenbewegung und der 68er Bewegung. Angesichts der Kampagnen die Aly und seine Kampfgruppe gegen Alexander Schwan und andere Professoren des Otto-Suhr-Instituts 1971 angezettelt hatte, ist Frau Schwans Abrechnung mit der Studentenrevolte nur zu verständlich.⁴ Eine Bücherverbrennung muß sie dazu erst gar nicht herbeireden

Ein in vielen aktuellen Revolteanalysen wenig beachtetes Quellenmaterial, stellt das Berichtsaufkommen der seinerzeit teilnehmenden Beobachter aus beiden deutschen Staaten dar, die in geheimdienstlicher Mission agierten und sich einen Reim auf das neuartige Geschehen in der Nachkriegsgeneration zu machen hatten. Diese teilnehmenden Beobachter standen im Sold des ost- oder des westdeutschen Staates, es gab aber auch einige, die sich gesamtdeutsch für beide Seiten verdient gemacht haben.

Analysen des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Die Berichte, die das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) über linke und kommunistische Umtriebe dem Bundeskanzleramt und anderen Regierungsinstanzen regelmäßig übermittelte, sind zum Teil im Koblenzer Bundesarchiv zugänglich. Bis 1966 maß das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Geschehen im SDS im wesentlichen nur dann Bedeutung bei, wenn es um Einflüsse aus und Beziehungen in die DDR oder andere Ostblockstaaten ging bzw. um die wenigen Mitglieder der illegalen KPD im SDS. Das Hauptaugenmerk des Verfassungsschutzes lag auf den kommunistischen Infiltrationsversuchen aus der DDR, der Tätigkeit der illegalen KPD und ihrer Tarnorganisationen, antisemitischen Schmierereien sowie auf der Beobachtung rechtsradikaler Kreise und Organisationen.

In einer rot eingebundenen Zusammenfassung des BfV über „Die kommunistische Tätigkeit im Jahre 1964“ finden sich ausführliche Angaben über die SED-Westarbeit und die illegale KPD. Die KPD hatte demnach zwischen 6.000 und 7.000 Mitglieder. Die Zahl der beschlagnahmten Agitationsschriften aus der DDR lag 1964 bei 8,2 Millionen,

2 Vgl. u.a.: Das Germanische Seminar der FU besetzt. Studenten hissen rote Fahnen auf Gebäude der Universität. Die Welt vom 28.05.1968, S. 1. Weitere Artikel zum Thema sind abrufbar im Medienarchiv bei Axel Springer, das vorzüglich sortiert sämtliche Artikel der damaligen „Springer-Presse“ zur Studentenbewegung enthält. Siehe: <http://medienarchiv68.de/suche.html>.

3 So Gesine Schwan in einem Interview mit dem Studentenmagazin der *Zeit Campus* am 15. April 2009.

4 Der Hochschulkampf, Kampfblatt der Roten Zellen brachte am 5. Juli 1971 einen Artikel mit der Überschrift „Jagt die Schweine raus“, der auch eine Karikatur enthielt, in der ein Schwein mit dem Namen Schwan versehen ist. Ein weiteres Schwein in der Karikatur trug den Namen Löwenthal. Die GSO, deren Sprecher Aly war, führte ihre damalige Kampagne gegen die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität“ unter der Losung „Rattenjagd“. Siehe: https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/ORG/Hochschulkampf/Berlin_Hochschulkampf_1971_12.shtml. Siehe auch Wehrs, Nikolai: Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaften“ in den 1970er Jahren. Göttingen 2014, S. 315.

1963 bei 7,3 Millionen. Behandelt wird im Bericht auch die Funktion des „sowjetzonalen Rund- und Fernsehfunks“. Im Jahr 1964 strahlten der „Deutschlandsender“, „Radio DDR“, der „Berliner Rundfunk“, die „Berliner Welle“ und „Radio Berlin International“ von insgesamt 63 Sendern je ein Programm über Lang-, Mittel- und Ultrakurzwellen in die Bundesrepublik aus. Die meisten Sender seien jedoch nur im Zonengrenzgebiet zu empfangen, lediglich der „Deutschlandsender“ könne im ganzen Bundesgebiet gehört werden, für dessen Bewohner sein Programm auch überwiegend bestimmt sei. Täglich seien dort sieben bis acht Stunden lang Wortbeiträge von KPD-Funktionären zu hören. Besondere Sendungen seien auch für griechische und spanische Gastarbeiter ausgestrahlt worden. Erwähnt wird auch die Tätigkeit des „Deutschen Soldatensenders 1935“, der zur „Zersetzung der Bundeswehr“ eingesetzt werde. Seine Tätigkeit sei jedoch bislang erfolglos geblieben. Auf insgesamt 70 Seiten mit zusätzlichem Dokumentenanhang, informierte der Verfassungsschutz über KPD-Funktionäre, Tarnorganisationen, die illegale KPD-Presse, etc. Auch eine Liste mit 56 Namen von der „Korrespondenten und Kameramännern sowjetzonaler Publikationsorgane im Bundesgebiet“ ist dem Bericht beigelegt.

Unter „Strafverfahren in Staatsschutzsachen“ wurde auf eine *Panorama*-Sendungen Bezug genommen, die mit Zahlen zwischen 20.000 und 50.000 Ermittlungsverfahren operierten. Diese Angaben bezeichnete der BfV-Bericht als falsch und gab an, daß am 1. Januar 1964 im Bereich des strafrechtlichen Staatsschutzes 2 642 staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren anhängig gewesen seien, 11 wegen Hochverrats, 812 wegen Staatsgefährdung (inklusive der Verfahren wegen rechtsradikaler Betätigung) und 1 819 Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats. Im Laufe des Jahres 1964 wurden laut BfV 6 647 neue staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Von den insgesamt bis Jahresende inklusive des Überstandes aus dem Vorjahr angefallenen 9 289 Verfahren wurden 6 505 eingestellt und 1 486 auf andere Weise beendet. Das entspreche 54,03 Prozent und liege geringfügig unter der Einstellungsquote bei der allgemeinen Kriminalität. Insgesamt 333 Ermittlungsverfahren seien in gerichtliche Verfahren überführt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 1964 eine Person wegen Hochverrats, 105 Personen wegen Staatsgefährdung und 194 wegen Landesverrats. Am 31. Dezember 1964 befanden sich sieben Personen wegen Staatsgefährdung und 64 wegen Landesverrats in Strafhafte.⁵

Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielt durch eigene Agenten seit Anfang der 60er Jahre regelmäßig Informationen über das Innenleben des SDS. Dennoch spielte der Verband in den Verfassungsschutzberichten an diverse Regierungsstellen keine herausragende Rolle. Ein gemeinsames Seminar des SDS und der FDJ, das am 9. und 10. Dezember 1966 in Frankfurt am Main zum Thema Deutschlandpolitik stattfand, rubrizierte das Bundesamt in seinem Lagebericht unter ferner liefen als „kommunistische Jugendarbeit“. Die Teilnehmerzahl des Seminars habe am ersten Tag bei 200 gelegen und sich am folgenden Tag halbiert. Das „Deutschlandseminar“ stand unter dem Oberthema „Konzeptionen – Wege – Möglichkeiten einer Deutschlandpolitik“. Die FDJ-Delegation sei von einem Abteilungsleiter im Zentralrat der FDJ angeführt worden, der laut BfV-Bericht „Manfred Schneider“ hieß. Der Delegation hätten auch Wissenschaftler aus den Universitäten Halle, Leipzig und Ost-Berlin angehört. Der erwähnte FDJ-Abteilungsleiter hieß tatsächlich Günter Schneider. Der Vorsitzende des SDS, Reimut Reiche, habe sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im nachhinein unzufrieden über den Seminarverlauf geäußert. Die FDJ-Delegation hätte seiner Meinung nach kein politisch

⁵ Bundesamt für Verfassungsschutz: Die kommunistische Tätigkeit im Jahre 1964. BArch Koblenz, B 443 / 560.

flexibles Verhalten an den Tag gelegt. Gleichwohl sei es ein Erfolg, daß das Seminar überhaupt stattfand. Im kommenden Sommer solle eine Fortsetzung der Diskussion in einem Ostseebad erfolgen. Zu der Veranstaltung würden auch Journalisten aus der Bundesrepublik zugelassen. Es sei geplant, die Kontakte zwischen FDJ und SDS auch auf Bezirksebene zu intensivieren.⁶

Nun handelte es sich bei dem Frankfurter „Deutschlandseminar“ um ein vielbeachtetes Ereignis, das nicht im Geheimen stattfand. Die angemeldeten Journalisten berichteten für *ADN*, *FAZ*, *Rheinischen Merkur*, *Deutschlandsender*, *Kölner Stadtanzeiger*, *Die Zeit und Hessischen Rundfunk*. Während Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) darum baten inkognito teilnehmen zu dürfen,⁷ sagte der DGB seine Teilnahme mit folgender Begründung ab: „Sehr geehrte Herren! Wir bestätigen mit bestem Dank den Eingang ihres Einladungsschreibens vom 2. d.M. zum obengenannten Seminar, zu dem wir Ihnen heute bereits telefonisch unsere Absage mitgeteilt haben. Wir bitten Sie um Verständnis dafür, daß uns bei einer Mitwirkung der FDJ eine Teilnahme nicht möglich ist.“⁸

Der 1. Bundesvorsitzende des SDS, Reimut Reiche, erklärte auf dem Seminar in seiner Begrüßungsansprache: „Wir sind uns hoffentlich mit der FDJ darin einig, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur erstrebenswert und nur realistisch ist auf der Basis der Transformation der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Bundesrepublik in sozialistische und darin, daß dies die Aufgabe der abhängigen Schichten in der Bundesrepublik selbst ist.“ Das Wiedervereinigungsmodell der DDR möge abstrakt richtig sein, werde aber nicht nur von „monopolkapitalistischen Machteliten“ abgelehnt. „Seine Unanwendbarkeit liegt in der historischen und aktuellen Nicht-Attraktivität der DDR als einer Alternative für die BRD mitbegründet.“ Zur Wiedervereinigungspassage im Grundgesetz sagte Reiche: „Es wird sich vielleicht herausstellen, daß diese Präambel des GG heute offen sichtbar zu der Ideologie geworden ist, unter deren zwang sie vor zwanzig Jahren konzipiert wurde. Die Wiedervereinigung wird weder unter dem Annektionsmodell der BRD noch nach dem Konföderationsmodell der DDR stattfinden.“ Der SDS fordere von der DDR, am Abbau des Antikommunismus nicht durch Propaganda, sondern durch den Aufbau einer attraktiven sozialistischen Alternative mitzuwirken. Reiche wies darauf hin, daß dieses Seminar „ein erster zaghafter Schritt“ sei; in einigen Jahren jedoch würden solche Gespräche selbstverständlich sein. Reiche kritisierte in seinem Eröffnungsreferat weiterhin die absurde Lage und die Schwierigkeiten, die FDJ überhaupt in Universitätsräume einladen zu können. Es habe Pressionen gegen derartige Treffen gegeben, man habe sich zwei Jahre lang um ein derartiges Seminar bemüht.⁹

FDJ-Abteilungsleiter Schneider schrieb nach seiner Rückkehr in die DDR einen ausführlichen Bericht über das Frankfurter Seminar nieder, den FDJ-Chef Horst Schumann an Walter Ulbricht und das für die Westarbeit zuständige Mitglied des SED-Politbüros Albert Norden weiterleitete. Schneider hob unter Weglassung der DDR-kritischen

6 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lageberichte Bd. 16, August 1966 - Januar 1967, datierend vom 6. Januar 1967. BArch Koblenz, B 443 / 542.

7 Liste der Anmeldungen zum FDJ-Seminar vom 1.12.1966, Akte SDS-BV SDS/FDJ Deutschlandpolitik.

8 Brief von Günther Stephan, DGB-Bundesvorstand, Fehler! Textmarke nicht definiert. an den SDS-BV vom 8.12.1966, Akte SDS-BV SDS/FDJ Deutschlandpolitik. HSA-FU, APO-Archiv.

9 Vgl. ausführlich zum Verlauf des Seminars: Lönnendonker, Siegwand/Rabehl, Bernd/Staadt, Jochen: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD. Band I: 1960-1967. Wiesbaden 2002, S. 114 ff.

Passagen aus der Rede Reiches hervor, erstmalig sei auf einer öffentlichen Veranstaltung durch SDS-Funktionäre erklärt worden, „daß eine Wiedervereinigung nur im Ergebnis der Umwandlung der Produktionsverhältnisse in Westdeutschland in sozialistische möglich wäre (SDS-Vorsitzender Reimut Reiche); daß die Existenz und Politik der DDR die Pläne der herrschenden Kräfte in Westdeutschland durchkreuzt und eine Hilfe für den Kampf der progressiven Kräfte für Veränderung in Westdeutschland darstellt.“¹⁰ Weitere Gespräche führte die FDJ-Delegation laut Schneiders Bericht u.a. mit dem Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall und dem Sekretär des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“, mit dem Bundesvorstand der Falken sowie mit Funktionären von Arbeiterjugendorganisationen in Frankfurt am Main. Allerdings stießen die FDJ-Leute bei ihren Bemühungen, eine Art Querfront zu etablieren, zu dieser Zeit noch auf wenig Entgegenkommen im westlichen Linksmilieu. Am ehesten läßt sich die Ostpolitik des SDS als Versuchsanordnung der späteren Entspannungspolitik ihrer ungnädigen Mutterpartei beschreiben.¹¹

Gammler und Linksextreme tauchen auf

Die BfV-Akte mit Lageberichten der ersten Jahreshälfte 1967 weist ein wachsendes Interesse an der sich verstärkt formierenden Neuen Linken aus. Der Verfassungsschutz zählte 27 500 Teilnehmer bei den Ostermärschen im Jahr 1967. An einigen dieser Demonstrationen hätten sich kleinere Gruppen von Gastarbeitern und Delegationen aus anderen westeuropäischen Ländern beteiligt. „Die Teilnehmer waren überwiegend jüngere Leute, darunter viele Gammler. An allen Märschen haben sich zahlreiche Kommunisten beteiligt.“ Radikale SDS-Gruppen hätten in Berlin, Ludwigshafen und München Aufmerksamkeit erregt, indem sie Vietcong-Fahnen mit sich führten und Ho-Ho-Ho-Chi-Minh riefen. In Berlin sei das Amerikahaus mit Farbeiern beworfen worden. Das DDR-Fernsehen habe ausführlich über die Ostermärsche berichtet.

Am 6. Juni 1967 wurde im BfV-Bericht unter „8. Linkssozialistische Gruppen“ die Gründung des Republikanischen Clubs in Berlin am 26. April 1967 vermerkt. Initiatoren seien die in Opposition gegen die Große Koalition gebildete „Novembergesellschaft“ mit „Dr. Horst Mahler“ und Lothar Pinkall, Heimleiter der IG Metall. „Präsident wurde Dr. Klaus Meschkat, SDS. Als Leiter des Clubrestaurants wurde der frühere ADN-Korrespondent Fritz Teppich angestellt, der bis vor einigen Monaten der SED angehörte.“¹² Der Club strebe eine „breite demokratische Front“ an, die in einer neuen sozialistischen Partei aufgehen solle.

In dem Lagebericht vom 7. Juli 1967 registrierte der Verfassungsschutz den „Verkauf der ‚Worte Mao-Tse-tungs‘ durch den Fischer-Verlag und den Holzner-Verlag, Würzburg“ sowie den Vertrieb der Ausgaben des Pekinger Verlages für fremdsprachige Literatur durch einige Zeitungshändler. Unter 12. wird nach den Berichtsabschnitten über SED, KPD-Einfluß, Sozialistische Opposition usw. nun auch der SDS mit einer eigen längeren Darstellung bedacht: „Bei den Demonstrationen während des Schah-Besuchs war der SDS die treibende Kraft. SDS-Gruppen organisierten Protestdemonstrationen, Schweigemärsche, Kundgebungen, Foren und verteilten Flugblätter strafbaren Inhalts.“

10 Zentralrat der FDJ: Information vom 5. Januar 1967 über politische Seminare einer FDJ-Delegation mit Funktionären und Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Frankfurt/Main und Bonn vom 9. - 12. Dezember 1966. SAPMO-BArch, IV A2/2028/106, Bestand Büro Norden.

11 Vgl. Jahn, Peter: Ohne Anführungszeichen. Die Politik des SDS gegenüber der DDR zwischen Unvereinbarkeitsbeschluß und Studentenrevolte. Berlin 1990.

12 Fritz Teppich kündigte seine Stelle als RC-Koch bereits einen Tag nach der offiziellen Club-Gründung.

In München und Berlin, wo es zu den schwersten Ausschreitungen kam, bestehen starke SDS-Gruppen. In der Berliner SDS-Gruppe, die mindestens 150 Mitglieder umfaßt, hat ein anarchistischer Kreis großen Einfluß. Bei den bisherigen Aktionen traten Rudi Dutschke und Dieter Kunzelmann besonders hervor.“ An den Aktionen seien Mitglieder von Gruppen, die mit dem SDS zusammenarbeiten beteiligt gewesen. Genannt wurden der Argument Club, die Humanistische Studentenunion, der Liberale Studentenbund, der Sozialdemokratische Hochschulbund und die Deutsch-Israelische Hochschulgruppe. Diese Organisationen repräsentierten nach Auffassung des Verfassungsschutzes „nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Studentenschaft“. Die „radikalen Anführer“ an der Freien Universität „verstanden es, die Demonstrationen und Krawalle durch Methoden zu organisieren, die kommunistischer Taktik entsprechen“. Zitiert wurde als Beleg ein Text Wolfgang Lefèvres aus der *neuen kritik* 38/39 vom Dezember 1966, in dem diese Taktik erläutert werde. Aktionen seien demnach so anzulegen, „daß sie den Studenten Spaß machen“. Dr. E. Krippendorf, Dozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, habe zweit Kapitel des Lehr- und Handbuchs „Manual for direct action“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung übersetzt. Der SDS und die Kommune I hätte 2000 Exemplare dieser „Anleitung zum Handeln - Taktik direkter Aktionen“ unter Studenten verbreitet. „Nach diesen Theorien handelt der SDS. Seit Anfang 1966 kam es in steigendem Maße zu radikalen Ausschreitungen. Bei einer Plakataktion und einer Vietnamdemonstration im Februar 1966 tauchten erstmals Plakate mit prochinesischen Parolen auf. [...] Im November und Dezember 1966 zeigte sich deutlich, daß eine kleine linksextreme Gruppierung versuchte, die 'etablierte Autorität in Berlin' teils gewaltsam zu unterlaufen, teils lächerlich zu machen.“ Am 5. und 6. April 1967 hätten sich die Demonstrationen gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey zu „schweren Krawallen“ gesteigert. „Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen beim Schah-Besuch am 2. Juni. Etwa ein Viertel der Demonstranten, die von der Polizei festgenommen wurden, waren Mitglieder des SDS und der 'Kommune I'. Die Ablehnung der Krawalle durch die Mehrheit der Bevölkerung und die Presse, das Gleichsetzen der Masse der Studenten mit den Randalierern sowie das teilweise harte Vorgehen der Polizei erzeugte Reaktionen der Studenten. Viele, die bis dahin kaum politisch interessiert waren, beteiligten sich an den Aktionen.“ Als weiteren Grund ihrer Unzufriedenheit würden viele Studenten auf die trostlose Situation an den Universitäten hinweisen. SED, KPD und andere kommunistische Organisationen hätten die Studentendemonstrationen weder veranlaßt noch Einfluß auf sie genommen. „Die wenigen im SDS tätigen Kommunisten sind von der KPD angewiesen worden, einen gemäßigten, auf Aktionseinheit und Volksfront gerichteten Kurs zu steuern. [...] Rudi Dutschke griff am 17. Juni 1967 in einer Rede vor Studenten ‚terroristische und bürokratische Methoden des Kommunismus in der Sowjetunion und in Mitteldeutschland scharf an‘.“¹³

SED-Analysen und Pläne

Zur gleichen Zeit wie das Bundesamt für Verfassungsschutz befaßte sich auch die Westabteilung des SED-Zentralkomitees mit „Bedingungen und Entwicklungsmomenten der Studentenbewegung in Westdeutschland und Westberlin“. Die SED-Analysten meinten, „die Mehrheit der Studenten identifiziere „sich mit Positionen der 'pluralistischen' Gesellschaft, nur ein kleiner Teil wendet sich gegen den Formierungsprozeß. Dem Übergang auf konsequent antiimperialistische Positionen wirkt entgegen, daß viele Studen-

13 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lageberichte Bd. 17, August 1967 - Januar 1968. BArch Koblenz, B 443 / 543.

ten nicht erkennen, daß jene Erscheinungen, gegen die sie kämpfen, im staatsmonopolistischen System wurzeln.“ Es stellt sich die Frage, wie man von Seiten der SED „zu Förderung der studentischen Bewegung beitragen“ könne. Dazu sei zum einen ein „verstärkter Einfluß auf die progressivsten Studentengruppen und ihre Führungskräfte, insbesondere zur Entwicklung eines marxistisch-leninistischen Standpunktes“ erforderlich sowie „die Zurückdrängung der ultralinken Tendenzen innerhalb der Studentenschaft“. Über „Die Besonderheiten der Aktionen in Westberlin“ schrieben die SED-Experten, hier habe sich in letzter Zeit eine Konzentration linker Kräfte vollzogen. „Mit dem Anwachsen der Zahl westdeutscher Studenten von 2000 auf 7000 kamen Mitglieder linker Studentenorganisationen, Arbeiterjugendorganisationen, Wehrdienstverweigerer und andere progressiv interessierte Kräfte an die FU. Die demokratischen Aktivitäten des AStA und des Konvents sind wesentlich auf den personellen und politischen Einfluß des SDS und SHB zurückzuführen. Dieses Zusammenspiel sowie die Möglichkeiten des Studentendorfes begünstigen die Massenmobilisierung durch zahlenmäßig kleine linke Studentenorganisationen. Die Mitgliederzahl des SDS stieg von 200 auf 400 Studenten. Ferner boten die bewußten Studentenführer ihrer Herkunft und Entwicklung nach eine geringere Angriffsfläche für den Antikommunismus.¹⁴ Die Lage Westberlins inmitten der DDR sowie die Möglichkeit des Besuchs der Hauptstadt der DDR durch westdeutsche Studenten begünstigt eine stärkere Wirkung der DDR und der Sozialistischen Ideen. Die Besonderheiten der FU-Verfassung erleichtern den Studentenvertretungen die Organisation des politischen Kampfes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kooperationen an der FU nicht zugelassen sind.“ Die Freie Universität weise unter allen Westuniversitäten „die höchste Konzentration demokratischer Kräfte auf“. Die „im Zusammenhang mit dem Blutfreitag“ – gemeint ist der Tod Ohnesorgs am 2. Juni 1967 – eingetretene Situation habe zu „einem bisher nicht erreichten Solidaritätseffekt unter den Studenten und Teilen des Lehrkörpers“ geführt. Die Studentenbewegung in Westberlin sei ein bedeutendes „Politikum gegen die Kiesinger/Strauß-Politik und gegen die Fortsetzung des Frontstadtkurses“. Für die „Fortentwicklung der progressiven Studentenbewegung“ sei es wichtig, den „marxistischen Einfluß zur Festigung des progressiven Führungskerns“ zu verstärken sowie die „Heranführung neuer Kräfte an diesen Führungskern“ und die Zurückdrängung der ultralinken Tendenzen anzustreben. Die studentischen Aktionen würden sich in nächster Zeit vor allem auf den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze, auf „die geistige Manipulierung, für die Enteignung des Springer-Konzerns“, auf den Neonazismus und auf Fragen der Hochschulreform konzentrieren. In West-Berlin seien weitere Konflikte der Studentenschaft mit der Universitätsleitung und dem Senat zu erwarten.¹⁵ Dem SDS gehörten zu dieser Zeit auch Inoffizielle Mitarbeiter des DDR-Staatssicherheitsdienstes an. Zwei davon, Walter Barthel und Dietrich Staritz, arbeiteten als Doppelagenten gleichzeitig für den Verfassungsschutz und lieferten ihre Berichte über den SDS und die Neue Linke an beide Dienste.

Aus der DDR-Haft in den SDS

Der dienstälteste MfS-Informant im SDS war Peter Heilmann alias IM „Adrian Pepperkorn“. Peter Heilmann, der Sohn des in Buchenwald ermordeten Sozialdemokraten Ernst Heilmann, hatte sich während seiner fünfjährigen Haftstrafe in der DDR der Stasi verpflichtet und Mithäftlinge bespitzelt. Seit 1956 studierte er an der Freien Universität Berlin Publizistik. Im Dezember 1956 erhielt er von seinem MfS-Führungsoffizier den

14 Gemeint ist damit der Migrationshintergrund mehrerer SDS-Aktivistinnen, die DDR-Flüchtlinge waren.

15 Westabteilung des ZK der SED: Zu den Bedingungen und Entwicklungsmomenten der Studentenbewegung in Westdeutschland und Westberlin. Analyse vom August 1967. SAPMO-BArch, IV A2/1002/156, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

Auftrag, mit dem SDS Verbindung aufzunehmen und näheres „über die Struktur und Besetzung der Stellen im SDS“ herauszufinden. Fortan lieferte Heilmann der Stasi Informationen über den SDS und das Amt für Gesamtdeutsche Studentenfragen an der FU. Er wurde bald nach seinem SDS-Eintritt in den Berliner Landesvorstand gewählt und im Juli 1959 von der Bundesdelegiertenkonferenz des SDS in den Beirat des SDS-Bundesvorstandes.¹⁶ In den folgenden Jahren berichtete er dem MfS fortlaufend über den sich zuspitzenden Konflikt zwischen SPD und SDS, über die Vorbereitung von gemeinsamen Seminaren des SDS mit der FDJ, über heimliche DDR-Kontakte ihm bekannter SDS-Mitglieder und namentlich über Fluchthelfer. Er übergab seinem Führungsoffizier regelmäßig Protokolle des Bundesvorstandes und anderes internes Schriftgut aus dem SDS.¹⁷ Bei der Vorbereitung des für die DDR außerordentlich vorteilhaft verlaufenen Studentenkongresses gegen Atomrüstung unterstützte Heilmann durch Vorabinformationen über die Kongreßplanung eine von der Humboldt-Universität aus operierende Eingreifgruppe der FDJ, die damals Hermann Kant anführte. Bereits am 15. November 1958 lagen dem MfS interne Informationen über den für Januar 1959 geplanten „studentischen Atomkongreß“ vor, die auf Heilmanns Mitteilungen beruhten.¹⁸

Am 3. und 4. Januar 1959 kamen in den Räumen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin Angehörige und Sympathisanten der studentischen Anti-Atom-Ausschüsse aus der Bundesrepublik und West-Berlin zusammen. Diese Ausschüsse organisierten an den Universitäten die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, die zu diesem Zeitpunkt noch offiziell von der SPD unterstützt wurde. In fünf Arbeitsausschüssen diskutierten die ca. 300 Kongreßteilnehmer sowie 200 Gäste über Themen wie „Atomrüstung und Demokratie“, „Atomrüstung und die Verantwortung des Wissenschaftlers“ oder „Atomrüstung und Außenpolitik der Westmächte“. Im letztgenannten Diskussionsforum stritten als erbitterte Kontrahenten - damals noch mit Argumenten - der Wehrexperte der SPD-Fraktion im Bundestag Helmut Schmidt und Ulrike Meinhof, Vertreterin der Hamburger Studentenzeitschrift *konkret*.

Im Ausschuß Nr. 2 „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ drängelten sich 200 Teilnehmer. Mit großer Mehrheit wurde dort eine Resolution verabschiedet, deren erster Satz lautete: „Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschlands zwingen, miteinander zu verhandeln.“ Außerdem war auch die Aufforderung an die Bundesregierung enthalten, Möglichkeiten einer „interimistischen Konföderation“ mit der DDR zu prüfen. Die gleiche Resolution kam, obwohl die Kongreßleitung, namentlich Manfred Rexin vom Berliner SDS, dies zu verhindern suchte, am zweiten Veranstaltungstag im Kongreßplenum zur Abstimmung und wurde gleichfalls mit großer Mehrheit angenommen. Daraufhin verließen Helmut Schmidt und das Mitglied des Berliner SPD-Vorstand Kurt Mattik sowie der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der FU, Otto Stammer, unter Protest den Saal. Helmut Schmidt erklärte vor der Presse, der Kongreß sei aus dem Ostteil der Stadt infiltriert und gesteuert worden. Zwischen der SPD und ihrem früheren Studentenbund SDS kam es über diese Frage sogar zu einem Gerichtsverfahren. Am 6. April 1963 drohte das Frankfurter Landgericht der Partei eine Geldstrafe bis zu 100.000,- DM an, falls sie nochmals behauptete, der SDS habe „einen eindeutig von der SED infiltrierten Kongreß veranstaltet“ und dabei mit „Infiltrationsbüros“ in Ost-Berlin zusammengearbeitet. Das Urteil war korrekt,

16 Zu Heilmanns Funktionen im SDS siehe: Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsch Studentenbund. Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. Bonn 1994.

17 Die 17-bändige MfS-Überlieferung zu Heilmanns alias „Adrian Pepperkorn“ Spitzelleistungen bis 1988, geführt von der Hauptabteilung XX/ 5 findet sich unter BStU, MfS, MfS A 589/85.

18 Bericht vom 15.11.1958, Betr.: Studentischer Atomkongreß, ebd. Bd. VI.

die SPD hatte fälschlicherweise den SDS zum Sündenbock für eine Geschichte gemacht, die einige bekannte westliche DDR-Parteigänger und Heilmann mit ihren Gewährsleuten in Ost-Berlin arrangiert hatten. In der Sache lag die SPD freilich gar nicht so falsch. Seinerzeit war Kennern der Szene bekannt, daß die *konkret*-Fraktion im SDS auf dem Studentenkongreß die Außenpolitik der DDR (Konföderation beider deutscher Staaten, Anerkennung der DDR-Regierung als legitimer Verhandlungspartner des Westens) hoffähig machen wollte. *konkret*-Herausgeber Klaus-Rainer Röhl hat 1974 offenbart, daß sein Blatt damals von der SED publizistisch benutzt und ökonomisch gestützt wurde. Aus den FDJ-Überlieferungen im Bundesarchiv geht hervor, wie die FDJ aus Ost-Berlin auf dem Kongreß erfolgreich aktiv wurde.¹⁹

Hermann Kant, 1959 an der Humboldt Universität zuständig für die Westarbeit der FDJ, war mit der Infiltration des West-Berliner Studentenkongresses ebenso befaßt wie Hans Modrow, zu diesem Zeitpunkt Berliner FDJ-Chef. Kant nahm selbst an dem Kongreß teil und brachte in seinem Bericht schöpferisch die Erkenntnisse seines Germanistikstudiums zur Anwendung: Erich Kuby und andere, schrieb Kant, hätten mit ihrer Forderung nach Verhandlungen mit der DDR an dem stärksten Bonner Tabu gerüttelt, sich dabei aber zumeist einer Sklavensprache bedient, „indem sie diesen Gedanken sozusagen zwischen den Zeilen formulierten“. Kants Genosse Kurt Turba, der in dem Diskussionsforum aktiv wurde, das die umstrittene Resolution verabschiedet hatte, sprach dort allerdings offene Worte. Das tat auch „unter großem Beifall“, wie es im FDJ-Bericht heißt, der Rektor der Humboldt Universität, Werner Hartke. Die SDS-Leute im Saal konnten damals nicht wissen, daß Hartke ein ehemaliges NSDAP-Mitglied (Parteiaustritt 1937) war und als NS-Führungsoffizier in der Wehrmachtsabwehr gedient hatte.

An Helmut Schmidt, als „freiwilliger Reserveoffizier der NATO-Armee“ etikettiert, bisßen sich die FDJ-Leute und die *konkret*-Fraktion um Ulrike Meinhof die Zähne aus. Im FDJ-Bericht über das Außenpolitik-Forum liest sich das folgendermaßen: „Die weitgehenden Auffassungen einer starken Studentengruppe, auf die Regierung Druck auszuüben, also zur studentischen Aktion zu schreiten, fanden in den offiziellen Dokumenten des Kongresses noch keinen Niederschlag. Der SPD-Abgeordnete Schmidt zeichnet hierfür in hohem Maße mitverantwortlich, da er die Diskussion immer wieder in allgemeine Bahnen zu drängen suchte und insgesamt eine Hinhalte- und Störtaktik betrieb.“

Mit der Einschätzung des Kongresses ging der FDJ-Führung auch eine geheime Information über die Kräfteverhältnisse auf der Abschlußveranstaltung zu, die sich weitgehend mit einem Bericht deckt, den Peter Heilmann für seinen MfS-Führungsoffizier niederschrieb:²⁰ „Im Saal waren außer den Teilnehmern des Kongresses ca. 300 FDJler aus Berlin anwesend, davon rund 200 Studenten der Humboldt Universität. Außerdem waren vor dem Tagungslokal ca. 200 die keinen Einlaß fanden.“ Der gleiche Text enthielt auch Angaben über Menge und Inhalt der von der FDJ unter den Kongreßteilnehmern in West-Berlin verbreiteten Propagandaschriften. Darunter befand sich auch ein kleiner Faltzettel mit einer Einladung: „Wir, die Unterzeichner, erlauben uns, Sie in aller Herzlichkeit zu einer Aussprache in den Räumen der Humboldt-Universität einzuladen. Es ist unsere tiefe Überzeugung, daß wir zusammengehen müssen gegen die Bedrohung, die aus der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands für den Frieden und die Herstellung

19 FDJ-Zentralrat: Erste Einschätzung vom 30. Januar 1959 des Antiatomkongresses der westdeutschen Studenten am 3. und 4. Januar 1959 in Westberlin. FDJ-Zentralrat ZAG, eingesehen in der Sammlung des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung e.V. (FDJ-Archiv, Standort Berlin, Thulestr.) Signatur 5.392.

20 Vgl. Heilmann, Peter alias „Adrian Pepperkorn“: Bericht vom 8.1.1959, Betr.: Kongress gegen Atomrüstung (Westberlin). BStU, MfS, MfS A 589/85, Bd. VI.



© Bundesarchiv, Bild 183-61510-0008 / CC-BY-SA 3.0.

Die FDJ-Veranstaltung in der Berliner Humboldt-Universität mit Staatssekretär Wilhelm Girnus, Rektor Professor Hardtke, und Professor Robert Havemann. Aufnahme: Zentralbild/Ger.

Die originale Bildunterschrift bezeichnet Havemann als Atomphysiker. Weiter heißt es dort: Studentenkongreß faßt wichtigen Beschluß über Regierungsverhandlungen DDR-Westdeutschland, Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR über einen Friedensvertrag mit Deutschland, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten fordert der Studentenkongress gegen Atomrüstung in Westberlin am 4.1.1959 in einer Schlusserklärung. Der überragend wichtige Beschluss wurde mit grosser Mehrheit gefasst, nachdem dramatische, wütende Verstöße von Vertretern Willy Brandts und dem Berliner SPD-Landesvorstand gescheitert waren. Dem Beschluss kommt weit über den akademischen Rahmen höchste Wichtigkeit für ganz Deutschland zu.

der Einheit Deutschlands erwächst.“ Unterzeichnet war der Text von HU-Rektor Prof. Dr. Werner Hardtke, Prof. Dr. Robert Havemann (Direktor des Phys. Chem. Instituts), Dr. Hans Kaufmann (Dozent am Germanistischen Institut) und einigen anderen.

Rund 120 Weststudenten fanden sich am Abend des 3. Januar in der Humboldt Universität ein. Auf dem Podium der Veranstaltung saßen der DDR-Staatssekretär für Hoch- und Fachschulwesen, Wilhelm Girnus, HU-Rektor Hartke und Robert Havemann. Den Veranstaltungsteilnehmern aus dem Westen wurden im Anschluß an die Veranstaltung eine Stadtrundfahrt durch den „demokratischen Sektor Berlins“ angeboten sowie ein Theaterbesuch im Berliner Ensemble. Geboten wurde ihnen aber auch die Erfahrung wie im Unterschied zum Kongreß an der „sogenannten Freien Universität“ die Diskussionskultur an der Humboldt Universität aussah: Einige „Provokateure“, so der FDJ-Rapport über diese Veranstaltung, hätten versucht, „die Stimmung des kalten Krieges in die Aussprache zu tragen. Einer von ihnen wurde am Weitersprechen gehindert.“

Bilanz der FDJ-Zentrale: „Die Bedeutung des westdeutschen 'Studentenkongresses gegen Atomrüstung' liegt in der Tatsache begründet, daß er als erster westdeutscher Studentenkongreß den Mut fand, von der Bonner Regierung Verhandlungen mit der DDR zu fordern. Allerdings brachte er noch nicht die Konsequenz auf, sofort auch in Verhandlungen und Gesprächen mit der Vertretung der Studenten der DDR, der FDJ, einzutreten.“ Mit dem FDJ-Material über den Studentenkongreß sind auch zahlreiche Kurzcharakteristiken der damaligen Anti-Atom-Aktivisten aus dem Westen überliefert. Für besonders geeignet erscheinende Ansprechpartner ist dazu vermerkt, welcher FDJ-Funktionär die „Kontaktarbeit“ künftig fortsetzen sollte.

Peter Heilmann lieferte dem MfS in den 60er Jahren fortlaufend Informationen aus dem SDS und seinem Umfeld. Da er unterdessen auch der Hochschulkommission der Berliner SPD angehörte, konnte er auch dem Auftrag des MfS nachkommen, Erkundungen über die Friedrich-Ebert-Stiftung einzuholen sowie über die Vorbereitung eines neuen Hochschulgesetzes in West-Berlin. Im Januar 1967 wuchs das Interesse des MfS an der „Mao-Gruppe im SDS“. Heilmann erhielt den Auftrag, „Alle Bewegungen der Linksextremisten in Westberlin im SDS“ zu beobachten. Alle Informationen darüber habe Heilmann „schnellstens nach hier zu geben“. Wie beim Bundesamt für Verfassungsschutz fiel damit zur gleichen Zeit das Augenmerk des DDR-Staatssicherheitsdienstes auf die „Linksextremisten“ im SDS. Das zeitlich parallele Auftauchen der Begrifflichkeit „Linksextremismus“ in den Analysen des Verfassungsschutzes und der Stasi ist erstaunlich, da bis dahin im einschlägigen Sprachgebrauch vom Linksradikalismus die Rede war. Vielleicht hat einer der damaligen Doppelagenten im SDS für den Begriffstransfer gesorgt.

Im Dienste zweier Herrn – Doppelagent Nr. 1 im SDS

Zwischen dem 26. Juli und 4. August 1959 sollten in Wien die VII. Weltfestspiele der Jugend stattfinden. Peter Heilmann hielt das MfS über die SDS-Pläne für die Weltfestspiele auf dem Laufenden. Am 24. Juli 1959 meldete sich dann ein weiterer Berichterstatter in Ost-Berlin. Das SDS-Mitglied Walter Barthel übergab aus Sorge um das Gelingen der Wiener Weltjugendfestspiele Vertretern des Zentralrats der FDJ „das gesamte Vorbereitungsmaterial des SDS“ für das Festival. Die SPD hatte dem SDS und anderen sozialdemokratischen Organisationen die Teilnahme an dieser Veranstaltung untersagt. Gleichwohl fuhr, mit finanzieller Unterstützung des Bonner Familienministerium, eine inoffizielle SDS-Delegation nach Wien. Mit dabei Walter Barthel.

Barthel wurde im Oktober 1959 wieder von der FDJ kontaktiert und zu einem Treffen nach Ost-Berlin gebeten. Die FDJ-Vertreter offenbarten sich ihm jedoch als Mitarbeiter des MfS. Barthel deutete an, wie Oberleutnant Radziewy in seinem Bericht festhielt, daß er Beziehung zu einer Dienststelle „der Freunde“ habe. „In scherzhaftem Ton fragte der GI, ob unsererseits Konkurrenzabsichten bestehen.“ Humor war der Stasi Sache jedoch nicht: „Wir widerlegten ihm dieses und brachten zum Ausdruck, daß wir für eine gemeinsame Sache arbeiten und aus diesem Grund Fragen der Konkurrenz keine Rolle spielen.“ Die gemeinsame Sache war dem MfS, was die in Ost- und West-Berlin lebenden Eheleute Barthel betraf, die vom der Stasi zwei Tage vor Weihnachten 1959 als GM „Kurt“ und GM „Karin“ verpflichtet wurden, zunächst einmal monatlich 200,- Mark West für ihn und 200,- Mark Ost für sie wert, außerdem für beide auf ein DDR-Konto nochmals 200,- Mark Ost. Schließlich sorgte sich das MfS auch um das Äußere seines neuen Mitarbeiters „Kurt“. Notiz von MfS-Major Eichler vom 1. Oktober 1960: „Der GM erhielt zum Kauf eines Anzuges 300,- DM.“

Walter Barthel war wieder da, wo er schon einmal als Geheimer Informant (GI) „Winter“ angefangen hatte. Im August 1949 schrieb er als achtzehnjähriger der Volkspolizei:

„Mein Ziel ist als politischer Kommissar in der Volkspolizei eine aktive politische Arbeit zu leisten, die allein mir nur Befriedigung schaffen kann.“ Sein Wunsch ging in Erfüllung. Er wurde Volkspolizist und ein Jahr später vom MfS als GI verpflichtet. Im Sommer 1951 entließen ihn die Volkspolizei und das MfS wegen „unmoralischen Lebenswandels, Fluchtgefahr und Vernachlässigung von Dienstangelegenheiten“.

1958 kam Barthel von der Humboldt zur Freien Universität. Die SED, deren Mitglied er war, hatte ihn der Bildung einer konterrevolutionären Gruppe bezichtigt, eine Festnahme drohte. Seine Frau blieb in Ost-Berlin. In Westberlin trat Barthel zunächst dem SDS und dann der SPD bei. 1960 wurde Barthel hauptamtlicher Sekretär des Berliner SDS. Bezahlt wurde er in diesem Job von der Berliner SPD. Vom SDS erhielt Barthel den Auftrag sich „um republikflüchtige Studenten zu kümmern, mit dem Ziel, sie für die Politik des SDS zu gewinnen und sie nicht in die Hände der rechten Kräfte an den Universitäten zu treiben“.

„Kurt“ und „Karin“ wurden durch den Mauerbau getrennt. Mit Hilfe der Stasi kam es jedoch bald zur Familienzusammenführung. Walter Barthel, neben seinem Studium am Otto-Suhr-Institut mit der Informationsgewinnung an der FU, in der Neuer Linken und im SDS beschäftigt, wurde bald auch journalistischer DDR-Experte. Er schrieb für den *Kölner Stadtanzeiger*, das *Spandauer-Volksblatt* und die vom Verfassungsschutz finanzierte Zeitschrift *Dritter Weg*. In den folgenden Jahren versorgte er die Stasi mit Informationen aus vielfältigsten Perspektiven. Zugleich verdingte er sich mit Wissen des MfS auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln. Barthel hat später behauptet, er habe sich dem BfV im Auftrag des MfS angedient. In einem Interview, das er 1996 dem WDR gab, behauptete Barthel, er habe sich „nach Kräften am Ausphantasieren ‚geheimer‘ Berichte“ für den Verfassungsschutz abgearbeitet und befürchtet „linke Freunde könnten mich tatsächlich für einen Verfassungsschutzagenten halten“.²¹

Aus den MfS-Unterlagen geht hervor, was Barthel fortlaufend über den SDS berichtete. Nicht viel anders dürften seine Informationen für den Verfassungsschutz ausgefallen sein. Am 14. Februar 1966 diktierte Barthel seinem MfS-Führungsoffizier folgende Einschätzung des antiautoritären SDS-Flügels auf Band: „Die Gruppe dieser 20 Studenten arbeitet innerhalb des SDS und anderer Organisationen völlig konspirativ. Ihr sehr wahrscheinlicher Anführer ist der FU-Student Rudi Dutschke. Dutschke vertritt im SDS eine völlig anarchistische Position und soll aus München kommen, wo er damals noch offiziell der sogenannten Anschlaggruppe angehörte. [...] Die Zentrale dieser Gruppe soll sich, wie mit Haug sagte, in München befinden, wo sie bereits die dortige SDS-Gruppe weitgehend lahmgelegt habe.“ Die Gruppe habe eine „prochinesische putschistische Tendenz“ und unterhalte vermutlich „Verbindungen zu chinesischen Vertretungen“. Die Tätigkeit der „Dutschke-Gruppe“ habe „einen solch unsinnigen, provokatorischen Charakter, daß alles getan werden müßte, diese Aktivität zu ersticken.“ Barthel empfahl dem MfS, „die Tätigkeit dieser Gruppe einmal genau zu beobachten“.²²

Am 13. Mai 1967 erschien im neugegründeten *Berliner Extrablatt* ein Kommentar unter der Überschrift „Konzeptor sagt: Enteignet Axel Caesar Springer!“ Im Text hieß es, der „Parvenü Springer“ habe „hunderte Millionen vor allem mit Hilfe der antikommunistischen Massenverhetzung und Illusionspolitik gemacht“. Gegen Springer, der 70 Prozent des West-Berliner Zeitungsmarktes beherrsche, könne sich im Rathaus Schöneberg kein Politiker halten, der „ein neues Verhältnis zum Osten“ suche. „Die Westberliner Teile

21 Walter Barthel im Interview der WDR-Sendereihe „Kritisches Tagebuch“, gesendet am 23. Januar 1996 im WDR 3.

22 HA XX/5/I: Abschrift vom Tonband, 14. Februar 1966. BStU, AIM 10996/66, Bd. 10, S. 75 ff.

des Springer-Konzerns müssen im Lebensinteresse unserer Stadt enteignet und einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden. Diese Forderung wird fortan nicht mehr aus der politischen Diskussion in Westberlin verschwinden.“ Ganz falsch lag „Konzeptor“ mit dieser politischen Wettervorhersage nicht. Hinter dem Pseudonym „Konzeptor“, der im *Extrablatt* mit dem Artikel „Enteignet Axel Caesar Springer“ zum Namensgeber der großen APO-Kampagne wurde, verbarg sich Walter Barthel.

Das *Berliner Extrablatt* aus dem noch im Mai 1967 der *Berliner-Extra-Dienst* wurde, war ein aus der Not geborenes publizistisches Projekt gegen den Springer-Konzern.²³ Finanziert von Rudolf Augstein und Gerd Bucerius sollte 1966 in West-Berlin eine neue Tageszeitung namens *Heute* das Licht der Welt erblicken, die als Gegengewicht zum Einfluß des Axel Springer Verlages gedacht war. Insgesamt fünf Vertrauensleute des MfS – das Ehepaar Heilmann, Carl Guggomos, Walter Barthel und Dietrich Staritz – gehörten zum Vorbereitungskreis des *Heute*-Projektes, wobei zwei davon – Barthel und Staritz – zugleich für den Verfassungsschutz arbeiteten. Walther Barthel übergab dem MfS im Februar 1962 eine Liste der für das *Heute*-Projekt verantwortlichen Redakteure und die Namen von 37 vorgesehenen freien Mitarbeiter. Nach der dritten internen Probenummer des Blattes platzte dem von Augstein beauftragten ehemaligen Kulturchef des *Spiegel* Walter Busse der Kragen. Er kritisierte, daß im Blatt alles „Politische ausdrücklich als Funktion des Klassenkampfes“ aufgefaßt werde und sich eine „Pro-Ost-Anti-West-Stimmung“ artikuliere. Auf einer Redaktionssitzung äußerte Augstein über die Probenummern: „Durchweg wird ziemlich bedenkenlos ins Blaue polemisiert, statt Fakten sauber herauszuarbeiten.“ Ende Januar 1967 zog er sich aus dem Vorhaben zurück. Walter Barthel machte weiter und wurde zu einem der Hauptakteure im *Berliner-Extra-Dienst*. Das MfS stellte die inoffizielle Verbindung zu ihm wegen Unzuverlässigkeit ein. Trotzdem nutzte die Abteilung „Aktive Maßnahmen“ der HV A den *Extra-Dienst* fortan, um allerlei wahre und falsche Hintergrundnachrichten im Westen zu platzieren. Das Blatt war über viele Jahre eines der „legalen Dächer“ für Desinformationskampagnen der Stasi im Westen.²⁴ Der *Extra-Dienst* täuschte einige Jahre nicht nur gutgläubige Linke und Linksliberale, auch im Bundesnachrichtendienst fand man es interessant. Am 18. November 1968 bedankte sich „Edeka“, so hieß die DDR-Abteilung im BND, für ein Probeexemplar des *Extra-Dienstes* und fügte an: „Wir finden, daß sie neben vielem Unwichtigen auch einige recht interessante Einzelheiten enthält. Wenn daher eine Beschaffung und Übermittlung nach hier nicht mit großem Aufwand verbunden ist, wären wir für regelmäßigen Bezug dankbar.“²⁵

Der Rabe namens Erich - Doppelagent Nr. 2 im SDS

Die XVI. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS wählte das Berliner SDS-Mitglied Dietrich Staritz im Oktober 1961 in den Beirat des Bundesvorstandes. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Staritz bereits als Geheimer Mitarbeiter (GM) „Erich“ für den DDR-Staatssicherheitsdienst. In den folgenden Jahren engagierte sich Staritz im SDS als DDR-Experte und Mitorganisator von DDR-Seminaren und DDR-Arbeitsgruppen.²⁶ In einer Personaleinschätzung, die MfS-Hauptmann Nistler von der Hauptabteilung V/6

23 Vgl. ausführlich hierzu: Stadt, Jochen; Wollé, Stefan; Voigt, Tobias: Feindbild Springer. Ein Verlag und seine Gegner. Göttingen 2009, S. S. 81 – 149.

24 Vgl. Bohnsack, Günter; Bremer, Herbert: Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hamburg 1992, S. 193.

25 BND: Anfrage von Edeka betr. Berliner Extra-Dienst. BArch, B 206/428; BND Archiv 13398.

26 Darüber berichtete er dem MfS regelmäßig. Vgl. u.a.: handschriftlicher Bericht betr. Stand der Vorbereitungen des DDR-Seminars des SDS vom 24. Februar 1964. BStU, M.f.S, AIM 10998/66, A/Bd. 3, S. 20 ff.

im Mai 1963 über die bisherige Zusammenarbeit mit Dietrich Staritz anfertigte, wird hervorgehoben, daß Staritz seit seiner Anwerbung am 22. September 1961²⁷ „eine Reihe auswertbarer Berichte überbracht“ hat, die auch von anderen Dienstseinheiten des MfS „in Bezug auf Personen, die in Vorgängen bearbeitet werden“, genutzt werden konnten. Nistlers Bericht enthält auch den Hinweis, daß Staritz „im Auftrag des BVSA²⁸ an den Weltfestspielen in Helsinki 1962 teilnahm“.²⁹ Hauptmann Nistler beurteilte seinen GM „Erich“ als „offen, ehrlich und zuverlässig“. Außerdem werden ihm „ein sicheres Auftreten, gute Umgangsformen und eine rhetorisch gute Begabung“ bescheinigt.³⁰ Staritz traf sich regelmäßig in konspirativen Wohnungen mit seinem Führungsoffizier in Ost-Berlin und übermittelte, wenn nötig, aus West-Berlin Nachrichten in einem Geheimschriftverfahren. In den ersten Jahren nach dem Mauerbau schleuste das MfS Staritz via Bahnhof Friedrichstraße auch verschiedentlich verdeckt zwischen dem West- und Ostteil Berlins hin und her. Bis 1972 zählte die MfS-Buchhaltung 111 konspirative Treffen der Führungsoffiziere mit ihrem IM „Erich“. Staritz wußte, daß sein Freund Walter Barthel als GM „Kurt“, dessen Frau als GM „Karin“ und sein eigener Bruder, Jochen, als GM „Robert“ für den DDR-Staatssicherheitsdienst arbeiteten. Aus den MfS-Unterlagen ist ersichtlich, daß sich Staritz und Barthel wiederholt über den besseren Zugang und finanzielle Zuwendungen durch das Bundesverfassungsschutzamt zankten. Barthel übermittelte dem Verfassungsschutz auch „Internes“ aus dem Bundesvorstand des SDS, von denen er durch Staritz Kenntnis erhielt. Am 23. Oktober 1962 schickte Staritz seinem Freund Barthel „einen 23-seitigen Bericht über die DK des SDS nach Köln“, den er dem Verfassungsschutz für 15,- DM pro Seite übergeben sollte.³¹

Erich Mielkes persönliches Interesse zog die linke Szene in West-Berlin 1966 intensiver auf sich. Walter Ulbricht, ein fleißiger Leser der Westpresse, verlangte nach den ersten Protestaktionen, an der FU - im Sommer 1966 fand dort das erste „Sit-in“ statt - vom MfS genauere Informationen für die Parteiführung. In der Folgezeit erhielten der SED-Chef, der ZK-Sekretär für Sicherheit, Erich Honecker, und das für Westpolitik zuständige Politbüromitglied Albert Norden in unregelmäßigen Abständen Informationen des MfS zu Komplexen wie „die Westberliner Polizeiaktionen gegen Studenten der sogenannten Freien Universität“. Im Januar 1967 diktierte Staritz seinem Führungsoffizier auf Nachfrage seine Meinung über den wichtigsten Kopf der West-Berliner Antiautoritären auf Tonband: „Dutschke ist im Grunde ein Einzelgänger, der ständig neue Ideen produziert und ständig neue Anhänger gewinnt. Anhänger allerdings, die nicht über seine Intelligenz verfügen und seine Ideen daher verwässern. Dutschke ist ein verschworener DDR-Gegner. Auf Dutschke ist es zurückzuführen, daß bei der damaligen Vietnam-Demonstration fast ein Bild Walter Ulbrichts verbrannt wurde. Dutschke spricht ausschließlich vom Scheiß-Sozialismus in der DDR. Ein klares Konzept Dutschkes ist nicht zu erkennen.“

Am 5. April 1967 wurden elf Personen, darunter die Mitglieder der „Kommune I“ Dieter Kunzelmann, Rainer Langhans, Fritz Teufel, Jörg Schlotterer und Ulrich Enzensberger von der West-Berliner Polizei unter der Anschuldigung festgenommen, ein Attentat auf

27 Die schriftliche Verpflichtung als GM „Erich“ unterzeichnete Dietrich Staritz am 29. September 1961. Vgl. BStU, MfS, AIM 10998/66/ P/Bd 1, S 104.

28 Die Abkürzung stand beim MfS für Bundesverfassungsschutzamt.

29 Staritz wurde demnach vom Verfassungsschutz „im April [1962 – JS] als V-Mann angeworben“. Bd. 1 S. 183.

30 Ebd. S. 184.

31 MfS-Hauptabteilung V/6: Abschrift eines Berichtes vom GM „Kurt“ vom 5. Januar 1963. Vgl. BStU, MfS, AIM 10998/66/ I/Bd 1, S. 126.

den am nächsten Tag in Berlin erwarteten US-Vizepräsidenten Hubert Humphrey vorbereitet zu haben. Die West-Berliner lasen am nächsten Morgen im *Abend* die Schlagzeile: „Maos Botschaft in Ost-Berlin lieferte die Bomben gegen Vizepräsident Humphrey“. Walter Ulbricht erfuhr diese „Ente“ zur gleichen Zeit in Ost-Berlin aus anderer Quelle. Das MfS teilte ihm mit, „daß zu den Festgenommenen der Student Jörg S. gehört, der, wie bereits erwähnt, an der am 21. 3. 67 in der chinesischen Botschaft stattgefundenen Besprechung teilgenommen hatte“. Die Festgenommenen seien „alle Verfechter maoistischer und anarchistischer Auffassungen“ und würden der gleichen Gruppe angehören wie „Dutschke, Rudolf, Assistent bei Prof. Lieber, ehem. 'Republikflüchtiger'„. Staritz teilte dem MfS am 7. April mit: „Als erwiesen gilt, daß die gefundenen Chemikalien (Bestandteile von Rauchbomben oder auch gefährlichen Sprengkörpern) nicht aus einer Verbindung zur chinesischen Botschaft in der Hauptstadt der DDR stammen.“ Diese Aussage beweist, der IM schnüffelte auf der Höhe des allgemeinen Niveaus der West-Berliner Gerüchteküche. Schon ein Tag später wurde nämlich bekannt, daß die gefundenen Substanzen zwar Chemikalien enthielten, die aber nur von symbolisch-explosiver Wirkung waren: Es handelte sich um Puddingpulver und Mehl.

Die Stasi war über die Berliner Antiautoritären dazumal noch einigermaßen desinformiert. Sie verfügte über keine Agenten im engeren Kreis der Antiautoritären. Dafür war ihr aber durch ihren Polizei-Agenten Karl-Heinz Kurras „intern bekannt“, daß „Polizei und 'Landesamt für Verfassungsschutz' schon seit einiger Zeit über die geplanten Protestdemonstrationen Westberliner Studenten informiert“ gewesen und ihrerseits subversiv unter den „Subversiven“ tätig geworden waren. Auf einem Treffen am Abend des 5. April 1967 befanden „sich - von den SDS-Mitgliedern nicht erkannt - ein Polizeibeamter, zwei als Spitzel geworbene Studenten und ein offensichtlich im Auftrage der Polizei anwesender Postbeamter mit entsprechender Technik“.

Das besondere Augenmerk des MfS galt natürlich den Beziehungen zwischen der ost- und westdeutschen Linksintelligenz. Dietrich Staritz lieferte hierzu fortwährend Informationen. Im März 1964 teilte er Oberleutnant Fischer mit, daß die Manuskripte der Havemann-Vorlesung, die der *Spiegel* auszugsweise veröffentlicht hatte, durch das West-Berliner SDS-Mitglied Jan Groscurth aus der DDR herausgeschmuggelt worden sei. Groscurth sei ein „Verwandter oder Sohn des Antifasch. Groscurth“. Außerdem erläuterte Staritz seinem Führungsoffizier den Stand der Vorbereitung des Deutschland-Seminars, das der SDS für Ende April in West-Berlin vorbereitete. Im Anschluß an das Seminar sei eine Informationsreise von zwei oder drei SDS-Delegationen durch die DDR geplant. Im Rahmen des Deutschland-Seminars sollten Gerhard Schönberner zum Thema „Vom kalten Krieg zur friedlichen Entspannung“, Manfred Rexin über „die Deutschlandpolitik der Großmächte“ und Eric Nohara über die „wirtschaftlichen Auswirkungen durch Integration der DDR“ referieren. Aus Ost-Berlin würden fünf Personen zu dem Seminar erwartet. Der FDJ-Zentralrat sei darüber unterrichtet, daß Klaus Korn, Harald Wessel, Herman Kant, Dieter Klein und ein Staatsrechtler als Teilnehmer an dem SDS-Seminar nach West-Berlin kämen.³² Zwei Wochen später übergab Staritz dann das vom Berliner SDS-Landesverband an seine Mitglieder verschickte Programm des SDS-Bundesseminars über die DDR. Demnach sollte Johannes Agnoli über den Kalten Krieg und die Deutschlandfrage sprechen, Eric Nohara über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Ostblockbindung auf die DDR, Dieter Klein über die Volkswirtschaft der DDR und Jens Uwe Heuer über den Staatsapparat und das Rechtswesen der DDR.³³

32 BStU, MfS, AIM 10998/66/ A/Bd 3, S. 29 ff.

33 Ebd. S. 40.

Mit Datum vom 16. Mai 1964 liegt in Staritz' Stasi-Akte unter dem Decknamen „Rabe“ ein Bericht an einen Herrn Schuller vom Bundesamt für Verfassungsschutz über die vorgesehene „Teilnahme des SDS am Deutschlandtreffen der FDJ“. Staritz übergab diesen Bericht am 18. Mai auch seinem MfS-Führungsoffizier. Im Detail wurden darin die informellen Vorgespräche geschildert, für die auf Seiten des Berliner SDS Urs Müller-Plantenberg, Walter Weller und Andreas Lennert verantwortlich waren. Ihr Gesprächspartner in Ost-Berlin war Klaus Korn. Staritz setzte mit diesem Bericht den Verfassungsschutz und die Stasi über die internen Differenzen zwischen den Berliner Verhandlungsführern und dem SDS-Bundesvorsitzenden Manfred Liebel ins Bild. Liebel sei zunächst nicht geneigt gewesen, an dem Treffen teilzunehmen. Liebel bestand vor allem darauf, daß der SDS angemessen an einer Podiumsdiskussion beteiligt wird, was am 15. Mai durch eine weitere Verhandlungsrunde des Berliner SDS mit den Vertretern des FDJ-Zentralrats Kapson und Rau vereinbart wurde.³⁴

Im Zuge ihrer Aktenführung listeten die MfS-Offiziere immer wieder diejenigen Personen auf, zu denen Staritz aus politischen, beruflichen oder privaten Gründen in engeren Kontakt kam. Dadurch konnte das MfS über Jahre aus den Gesprächen mit Dietrich Staritz zahlreiche Informationen über einen großen Teil der in diesen Listen aufgeführten Personen zusammentragen. So entstanden in der Auswertung des MfS auf dieser Grundlage ausführliche Personenprofile der von Staritz Benannten. Was den SDS und die Neue Linke betrifft, enthalten die Staritz-Akten zahlreiche durch seine Mitteilungen angereicherte Personendossiers. In der „Übersicht über die Verbindungen des GM“ vom 26. Mai 1967 sind 40 Namen enthalten, andere Berichte enthalten konkretere Angaben zu 60 weiteren Personen des linken Spektrums, jeweils versehen mit kurzen oder längeren Charakteristiken, Adressen und meist auch Telefonnummern.³⁵ Die personenbezogenen Angaben, die Staritz dem MfS über Jahre lieferte, schließen neben zum Teil detailliertesten Auskünften über berufliche Stellung und Beziehungen auch Informationen zur politischen Haltung ein, zu engeren beruflichen und privaten Verbindungen, sowie zur möglichen Ansprechbarkeit für geheimdienstliche Zwecke. Das reichte von, „Ansprechen erscheint sinnlos“, über, „müßte mit rein politischen klugen Gesprächen überzeugt werden“, bei Frauen, „sexuell ansprechbar“ und bei Männern, „könnte homosexuell sein, politisch undurchsichtig, testen!“. Intime Beziehungen stellen einen stereotypen Aspekt der meist in Diktatform aufgezeichneten Staritz-Berichte dar, „gelegentliche Bettpartnerin des Dr. XY“. Staritz ging es auffallend oft nicht nur um die MfS-Frage „wer ist wer“, sondern auch darum, „wer mit wem“. Hingewiesen wurde das MfS in gleicher Regelmäßigkeit von ihm allerdings auch auf Verbindungen, die von ihm bespitzelten Personen nach Ost-Berlin unterhielten: „Kornbesuche“³⁶ heißt es da, oder „Bekanntschaft zu Wolf Biermann“, bzw. „mit Havemann befreundet“.³⁷ Wo er sich nicht sicher war, gab er die Empfehlung: „Jochen fragen“,³⁸ womit sein in Ost-Berlin lebender älterer Bruder gemeint war.

34 Der Bericht an das Bundesamt für Verfassungsschutz findet sich ebd. S. 47 ff.

35 HA XX/5/I, P II, Übersicht vom 26. Mai 1967, ebenda S. 65 sowie Diktat von Dietrich Staritz vom 18. Mai 1964, in: A 3, S. 54 ff.

36 Damit sind Kontakte zu dem als kritisch geltenden Ost-Berliner Erziehungswissenschaftler Klaus Korn gemeint. Unter der „Fragestellung 'Wer besucht Korn und warum?'“ gab Staritz dem MfS ausführliche Personeneinschätzungen der West-Berliner Kontaktpartner Korns, Vgl. A. 3, S. 99 ff.

37 Vgl. Oberleutnant Fischer, HA XX/5: Treffbericht vom 23.3.64, 10.00 - 13.00 in KW „Ernst“, in: A 3, S. 29 f.

38 Jochen Staritz hatte sich nach seiner vorzeitigen Haftentlassung aus Hohenschönhausen im Jahre 1963 als IM „Robert“ dem MfS verpflichtet. Dietrich Staritz war die MfS-Verpflichtung seines Bruders bekannt. Die Verbindung von Jochen Staritz zum MfS wurde ?? unterbrochen und nach der

Wissentlich niemanden geschadet?

Aufschlußreich ist die von Dietrich Staritz zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens seiner Kooperation mit dem MfS in einer Presseerklärung offenbarte Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz. Darin heißt es u.a.: „Leider muß ich mitteilen, daß der in den jetzt veröffentlichten Informationen über meine Mitarbeit bei der Stasi enthaltene harte Kern formal korrekt ist.“ Es sei zutreffend, „daß ich über Jahre hin viele Berichte gegeben habe und für Auskünfte zur Verfügung stand. Es ist aber auch wahr, daß ich wissentlich niemandem geschadet habe. Zugleich will ich darauf hinweisen, daß diese Beziehung mit Wissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz unterhalten wurde, für das ich im etwa gleichen Zeitraum tätig war. Das ist auch der Grund, der mich davon abhielt, von meinen Kontakten zum MfS zu berichten. Ich ging davon aus, daß sie durch die Bindung an das Kölner Amt gewissermaßen legalisiert worden seien.“ Am Ende der Presseerklärung betonte Staritz, es komme ihm darauf an, „alle jene um Nachsicht zu bitten, denen ich in den genannten Jahren womöglich zu nahe getreten bin.“³⁹

Im Jahr 2011 gelang es dem Leipziger Journalistik Studenten Johannes Pöhlandt, der an seiner Diplomarbeit zum Thema „Wanzen, Inoffizielle Mitarbeiter, Desinformation – Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung und das Ministerium für Staatssicherheit“ arbeitete, Dietrich Staritz zu seiner inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS zu interviewen. Staritz wiederholte seine Darstellung von 1994, er habe niemandem ernsthaft geschadet und berief sich dabei auf eine MfS-Überlieferung aus dem Jahr 1971.⁴⁰ Darin wurde ihm im Oktober 1971 bescheinigt, er habe „niemals über feindliche und negative Personen in der DDR berichtet. Mit seiner Tätigkeit für das BfV hat er nicht zur Entlarvung von Agenten, die gegen die DDR tätig sind, beigetragen. So konnten in bisher zehnjähriger Zusammenarbeit keine Faustpfänder gegen ihn erarbeitet werden“. Ein quellenkritischer Vergleich dieser zur Begründung des Abbruchs der Beziehungen geschriebenen Zeilen mit den zahllosen von Staritz gelieferten Spitzelberichten macht diese Aussage jedoch unglaubwürdig. Zahlreiche frühere Einschätzungen des MfS über Staritz fielen positiv aus, er erhielt Auszeichnungen und wurde in die SED aufgenommen. Der entscheidende Grund für den Plan des MfS, Staritz abzuschalten, lag in seiner Weigerung, die Bindung an den Verfassungsschutz abzurechnen. Das MfS kam zu dem Ergebnis, „daß die vom BfV lancierten Informationen zur Desinformation dienen sollten oder daß der IM unehrlich mit dem MfS zusammenarbeitete, und besonders die Verbindung zum MfS ausnutzte, um legale Verbindungen und Möglichkeiten auszunutzen und dadurch ihm erteilte Aufträge vom BfV zu realisieren“.⁴¹

Die MfS-Überlieferungen enthalten entgegen der Darstellung von Staritz zahlreiche Belege dafür, daß er wissentlich anderen Personen in West und Ost geschadet hat. Hierfür nur zwei Beispiele: Der DDR-Wirtschaftswissenschaftler Klaus Korn wurde von der

Ausweisung Wolf Biermanns, als das MfS dringend Informationen aus Kreisen der künstlerischen Intelligenz benötigte, wieder reaktiviert. Jochen Staritz verpflichtete sich 1977 erneut und informierte das MfS u.a. über seinen Freundes- und Bekanntenkreis in der DDR, über seine Kontakte in die Schweiz, die politische Entwicklung seines Bruders sowie dessen Stellungnahmen über seine Kollegen aus dem Kreis der Mannheimer DDR-Forscher und deren Forschungsvorhaben.

39 Presseerklärung von Dietrich Staritz vom 26. Oktober 1994.

40 Pöhlandt, Johannes: Wanzen, Inoffizielle Mitarbeiter, Desinformation – Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung und das Ministerium für Staatssicherheit. Diplomarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Diplom-Journalist. Leipzig 2011. Im Anhang der Arbeit finden sich Focuiserte Interviews mit den erwähnten Äußerungen von Staritz. Siehe Telefon-Interview, Karlsruhe/Leipzig, 16. September 2011, 11.30-11.50 Uhr, S. 127 f. (Gedächtnisprotokoll).

41 HA XX/5: Auskunftsbericht Quelle „Erich“ vom 18. November 1971. BStU, MfS, AIM 10998/66/I/Bd 2, S. 245.

Stasi verdächtigt „private und undurchsichtige Beziehungen“ nach West-Berlin zu unterhalten. Das MfS führte deswegen gegen Korn seit 1960 einen „Vorlauf-Operativ“. Korn war 1952 bereits wegen „Trotzkismus“ kurzzeitig aus der SED ausgeschlossen und zur Bewährung zwei Jahre als Bauarbeiter eingesetzt worden. Staritz erstellte seit 1964 auf Anforderung seines Führungsoffiziers mehrere Namenslisten und Kurzcharakteristika zu Personen aus West-Berlin, die Beziehungen zu dem DDR-Wissenschaftler unterhielten. In den MfS-Unterlagen über Klaus Korn finden sich die von Staritz an das MfS übermittelten Angaben wieder. Ein Maßnahmenplan für die Bearbeitung des Op.-Vorlaufs“ zu Klaus Korn vom 4. April 1963 enthält u.a. folgende Überlegung: „Eine weitere Möglichkeit der Bearbeitung des Korn, durch den Einsatz eines IM, kann durch den Gen. Dreier, HA-V/6 geschehen.⁴² Ein IM des Gen. Dreier verkehrt privat mit Korn und kann in verschiedener Richtung zur Bearbeitung des Korn eingesetzt werden.“ Durch diesen IM könne „die Familie und ein Teil seiner Verbindungen aufgeklärt werden“.⁴³ Die HA V/6 aber war die Abteilung, von der Staritz als IM geführt wurde. Nachweisbar erhielt das MfS seit März 1964 von Staritz regelmäßig Informationen über Besuche bei Klaus Korn aus linken Kreisen West-Berlins. Am 16. November 1965 berichtete Staritz seinem MfS-Führungsoffizier über ein vorangegangenes Gespräch mit dem Verfassungsschutzbeamten „Schuller“, in dessen Verlauf die Rede auch auf Klaus Korn gekommen sei. „Schuller habe dazu erklärt, Klaus Korn wäre ein Mann gewesen, der noch vor einiger Zeit zu Hoffnungen berechtigt habe, jetzt habe er sich aber in privaten Dingen verloren. Nach dem vom IM gemachten Einwand, dass Korn aber immer noch starken Besuch vom Westen erhalte und dabei besonders von Kiemle und Meschkat, erklärte Schuller, dass Kiemle entweder für den BND oder für die Alliierten arbeite.“⁴⁴

Es mag sein, daß Staritz mit dieser Mitteilung im Auftrag des Verfassungsschutzes Klaus Korn belasten sollte, um Unsicherheit in DDR-Regierungskreisen zu schüren. Korn war nämlich kurz zuvor in den Beraterkreis der neuen Volksbildungsministerin Margot Honecker berufen worden. Das MfS bespitzelte Korn in den folgenden Jahren im MfS-Vorgang „Schmeichler“. Seine Post wurde kontrolliert, sein Telefon abgehört und seine Besucher aus dem Westen von MfS-Leuten observierte und heimlich fotografiert. Dem West-Berliner Architekt Manfred Kiemle, mit dem Korn seit den frühen 50er Jahren befreundet war, widmete das MfS nach den Berichten von Staritz seine besondere Aufmerksamkeit. Die MfS-Fotos von Manfred Kiemle und die Protokolle der Beschattung seiner Treffen mit Klaus Korn füllen ein ganzes MfS-Akte. In einem „Sachstandsbericht“ zum Operativ-Vorlauf „Schmeichler“ vom 5. März 1968 schrieb MfS-Hauptmann Mosiek, „in den letzten Jahren, seit dem dieser Vorgang durch unsre Abteilung bearbeitet wird, wurde festgestellt, daß sich die Beziehungen zwischen Dr. Korn und Kiemle festigten und der Kiemle in regelmäßigen Abständen, 4 – 6 Wochen, zu Treffs in die Wohnung des Dr. K. kam und noch kommt. [...] Durch die operative Technik konnte in Erfahrung gebracht werden, daß bei diesen Treffs in der Wohnung des Dr. Korn mit Kiemle allgemeine Probleme seine Tätigkeit im Ministerium für Volksbildung und seiner Funktion im Jugendausschuß beim Ministerrat besprochen worden sind.“ Obwohl „der Kiemle bei jedem Besuch in der Hauptstadt der DDR und im West-West-

42 Die HA V/6 des MfS, 1964 in HA XX/6 umbenannt war für die Überwachung wissenschaftlicher Institutionen und des Volksbildungswesens zuständig. Dort arbeitete auch Lothar Dreier, der es später zum Referatsleiter der HA XX/8 brachte.

43 Otto, Unterleutnant; BV Groß-Berlin, Abteilung V/6: Maßnahmenplan vom 24. April 1963 für die Bearbeitung der Op.-Vorlaufs-Reg. Nr. 3297/62. BStU, 1200/74.

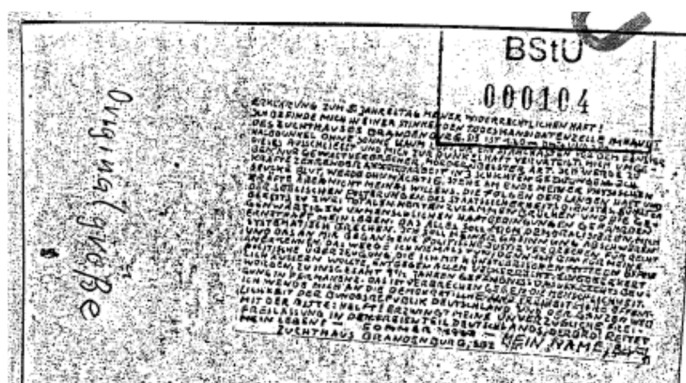
44 Treffbericht vom 23.12.1965. Quelle „Erich“, entgegengenommen: Ostl. Ludwig, ebenda. Das gleiche Dokument findet sich auch in der MfS-Arbeitsakte zu Dietrich Staritz.

Verkehr [gemeint ist der Transitverkehr - JS] beobachtet wurde“ hätten sich keine Beweise für eine feindliche Tätigkeit ergeben. Auch die Beobachtung Kiemles durch IM, die in West-Berlin „zu den Kreisen gehören, in denen auch Kiemle verkehrt“, habe keine Beweise erbracht, daß Kiemle mit einer „feindlichen Dienststelle“ zusammenarbeitet und in deren Auftrag „mit Dr. Korn in Verbindung steht“. Hauptmann Mosiek schlug deswegen vor, die Überwachung Korn's nach über acht Jahren einzustellen.

Das zweite Beispiel für einen Vertrauensbruch zum Nachteil eines politischen Häftlings in der DDR ereignete sich 1970, als Staritz bereits als Redakteur beim Spiegel arbeitete. Am 24. April 1970 traf Staritz in einer konspirativen Wohnung des MfS Hauptmann Brabant und diktierte ihm einen Bericht von der 3. DDR-Forschertagung in Tutzing aufs Tonband. Staritz hatte in Tutzing den 1969 von der Bundesregierung freigekauften politischen DDR-Häftling Dieter Vogt kennengelernt. Vogt übergab Staritz Kassiber eines politischen Häftlings, der im Zuchthaus Brandenburg einsaß. Er wollte mit der Hilfe von Staritz den Fall im *Spiegel* bekanntmachen. O-Ton Staritz: „Ich habe Vogt davon unterrichtet, daß wir an der Veröffentlichung dieser Kassibergeschichte interessiert wären, allerdings wissen müßten, um wen es sich dabei handele, ob der Mann noch sitze, welches politische Delikt anliege und in welcher Form die Geschichte zu veröffentlichen sei, ohne Schaden anzurichten.“⁴⁵

Am selben Tag, an dem Staritz seinem Führungsoffizier in Ost-Berlin über die Kassiber informierte schrieb Dieter Voigt an Staritz und teilte ihm mit, daß es sich bei dem politischen Häftling um Wolfgang Welsch⁴⁶ handelte, er „stehe mit seiner Mutter (Ostberlin) in Verbindung“. Welsch sei wegen „wiederholt begangener politischer Delikte“ verurteilt. „Er schrieb Gedichte und bereitete einen Dokumentarfilm über Besonderheiten der DDR vor. Er schmuggelte aus der Haft über seine Mutter einen ganzen Gedichtband mit politischem Inhalt.“ Als Anlagen fügte Vogt zwei Briefe der Mutter von Wolfgang Welsch und „das Kassiber vom Sept. 1969“ bei. Die Briefe und das Kassiber lieferte Staritz am bei seinem MfS-Führungsoffizier aus, wie auch ausführliche Informationen über eine Fluchthelfergruppe, die mit ihm in Verbindung gekommen war.

Viele seiner Personendossiers und andere Berichte lieferte Staritz als „Rabe“ oder „Erich“ doppelt ab und erhielt sie auch doppelt vergütet. Beide Geheimdienste wußten von seiner zweifachen Anbindung. Dem MfS übergab er mitunter auch Durchschläge von schriftlichen Berichten, die er für den Verfassungsschutz gefertigt hatte. Ob das in Abstimmung mit seinem V-Mann-Führer vom Verfassungsschutz geschah, ist fraglich. Seine MfS-Führungsoffiziere bemühten sich darum, jeweils zu entschlüsseln, welches „echte Informationen“ waren, die „noch ausgewertet werden“ müßten und welches als Spielmaterial des Verfassungsschutzes einzustufen sei.⁴⁷ Auch informierte er seine



Kassiber von Wolfgang Welsch

45 Brabant, Hauptmann; HA XX/5: Treffbericht vom 26.4.1970. BStU, MfS, AIM 10998/66/ II/Bd 6, S. 59.

46 Sieh zu Wolfgang Welsch: [https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Welsch_\(Fluchthelfer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Welsch_(Fluchthelfer)).

47 Vgl. u.a. Oberleutnant Fischer, HA XX/5: Treff mit GM „Erich“ am 11. Juni 1964 im Objekt Mahlsdorf, in: A 3, S. 61.

MfS-Führungsoffiziere über Gespräche, die er und sein Freund Walter Barthel alias IM „Kurt“ mit Beamten des Verfassungsschutzes führten und übergab Briefe seines V-Mann-Führers vom Verfassungsschutz. Dieser trat unter dem Namen Schuller auf und bot Staritz 1964 an, für monatlich 850,- DM als Resident des Bundesamtes in Berlin zu arbeiten. Führungsoffizier Fischer bat Staritz daraufhin, herauszufinden, „welche Aufgaben er als ‚Resident‘ zu lösen hat“.⁴⁸ Eine „ernsthafte Aussprache“ mit seinem Führungsoffizier handelte sich Staritz ein, wenn er dem Verfassungsschutz entgegen den Wünschen des MfS Informationen über einzelne für den Staatssicherheitsdienst interessante Personen übergab.⁴⁹ Auch versuchten die MfS-Führungsoffiziere ständig, eine allzu enge Bindung ihres Informanten an das Bundesamt für Verfassungsschutz zu verhindern. Im Juli 1968 wurde er von Oberleutnant Brabant und Major Willmann als erfahrener „Geheimer Mitarbeiter mit umfangreichen Kontakten zu linken Intellektuellen, die er aus gemeinsamen Studienzeiten an der FU kennt“ eingestuft. Staritz hatte 1967 promoviert und war inzwischen als freier Journalist tätig. „In unserem Auftrag“, heißt es weiter, „steht er mit dem BVSA in Köln in Verbindung“. Da durch die berufliche Tätigkeit von Staritz einige Probleme bei der Verbindungsaufnahme entstanden waren, hatte man seine Ehefrau in das Verbindungssystem einbezogen⁵⁰ und damit die Mängel überwunden.⁵¹

Ob die Verbindung zum Bundesamt für Verfassungsschutz tatsächlich im Auftrag des MfS erfolgte, bleibt zweifelhaft. Das Amt beantwortet Fragen zum V-Mann Staritz nicht. Es müßte dann ja auch die Verantwortung für einige der Staritz-Machenschaften übernehmen, die wohl nicht mit dem Auftrag des Verfassungsschutzes vereinbar sind. Die Formulierungen in der MfS-Personalakte fallen zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich aus. Neben der zitierten eindeutigen Formulierung, „in unserem Auftrag“, heißt es an anderer Stelle: „Die Quelle wird aufgefordert, regelmäßig mitzuteilen, was sie an das BVSA zu berichten beabsichtigt. Dabei wird unsererseits Einfluß auf diese Informationstätigkeit genommen.“ Je länger die Verbindung dauerte, um so unsicherer wurden die MfS-Offiziere, inwieweit Staritz noch in ihren Diensten stand – zumal er nach ihrer Kenntnis „vom BVSA eine monatliche finanzielle Zuwendung von 700,- DM“ erhalten haben soll, während das MfS ihm „keine Bezüge“ sondern nur gelegentliche Zahlungen gewährte.⁵² Im Oktober 1971 nahm man in der Führungsspitze des MfS zur Kenntnis, daß Staritz „die Anweisung, den Kontakt zum BfV einschlafen zu lassen [...] nicht befolgte“, ja schlimmer noch: „Die Quelle hat alle Personen, die sie uns genannt hat, auch dem BfV genannt.“⁵³ Ende 1972 vermutete die Stasi, „daß die Bindungen zum BfV enger sind als die zum MfS“⁵⁴ und im „Beschluß zum Einstellen eines

48 Ebd. S. 64.

49 Oberleutnant Fischer notierte daß Staritz dem Verfassungsschutz Einzelheiten „über Prof. Havemann und von Eynern mitgeteilt hatte, obwohl ihm dies bei früheren Treffen untersagt wurde“. Siehe Bericht vom 15.7.64, ebd. S. 74.

50 Vgl. Treffbericht von Oberleutnant Brabant mit dem Ehepaar Staritz vom 4. Juni 1968, BStU, MfS, AIM 10998/66/ I/Bd 2, S. 88.

51 Auskunftsbericht der Hauptabteilung XX/5/1 vom 2. Juli 1968, ebd. S 92 f.

52 Oberleutnant Jaeckel: Bericht vom 1. Juli 1971, ebd. Seite 164. Die MfS-Unterlagen enthalten zahlreiche von „Erich“ handschriftlich verfaßte Quittungen bzw. unterschriebene Belegvordrucke über die durch das MfS an ihn gezahlten Summen.

53 Arbeitsgruppe beim Stellvertreter des Ministers: Sachstandsbericht zur Quelle „Erich“ der Hauptabteilung XX/5 vom 15. Oktober 1971, ebd. S. 196.

54 Oberleutnant Willmann, Hauptmann Jaeckel: Vorschlag zum Abbruch der Verbindungen zu IM „Erich“ vom 12. Dezember 1972, ebd. S. 258. Willmann und Jaeckel gingen zwar davon aus, daß

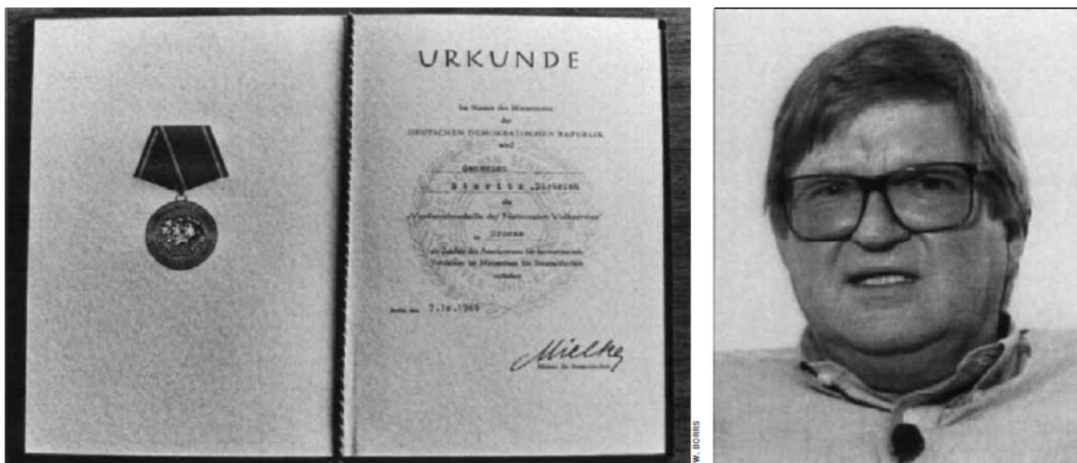
IM-Vorgangs“ hieß es im Februar 1973 schließlich: „In letzter Zeit wurde ‚Erich‘ seitens des BVSA offensichtlich ausgenutzt, um uns zu desinformieren.“⁵⁵ Die Eingrenzung, „in letzter Zeit“, bezog sich auf die Berichte von Staritz seit 1971. Erstaunlicherweise machte das Nachrichtenmagazin 1994 bei der Bekanntgabe des Spitzelfalles Staritz kaum Aufhebens darum, daß seiner Redaktion über mehrere Jahre ein Informant des Bundesamtes für Verfassungsschutz angehörte, der dem westdeutschen Geheimdienst vermutlich auch Berichte über Interna aus dem Blatt lieferte.⁵⁶

DEUTSCHLAND

Spionage

Berichte von „Erich“

Die Stasi-Akte des DDR-Forschers und früheren Berliner Journalisten Dietrich Staritz



Staritz-Orden der Stasi, DDR-Forscher Staritz: „Die Informationen waren operativ auswertbar“

Der Spiegel vom 19.09.1994

Weitere teilnehmende Beobachter – „Werner Blum“ alias Edgar Guhde

Am Vormittag des 18. April 1963 verabredete sich MfS-Hauptmann Nistler vor dem Deutschen Theater mit Dietrich Staritz. Die beiden fuhren von dort in eine konspirative Wohnung in Berlin-Mahlsdorf. Dort diktierte Staritz auf Tonband, was ihm Edgar Guhde, ein kurz zuvor aus dem DDR-Gefängnis Brandenburg nach West-Berlin entlassener Mithäftling seines Bruders Jochen Staritz, anvertraut hatte.⁵⁷ Während Jochen Staritz auf eigenen Wunsch aus der Haftanstalt in die DDR entlassen wurde, bestand Guhde

Staritz seine Verbindung zum Bundesamt im November 1972 abgebrochen habe, sie hatten dafür außer seinem Wort „allerdings keine Beweise“.

55 Dies.: Beschluß zum Einstellen eines IM-Vorganges vom 7. Februar 1972, ebd. S. 273.

56 Siehe *Der Spiegel* 38/1994 Berichte von „Erich“: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13686191.html>. Vgl. auch das fundiert recherchierte Kapitel 5.2 der Diplomarbeit von Johannes Pöhlant über den „Einsatz von West-IM“ S. 114 – 119.

57 Nistler, Hauptmann; HA V/6: Disposition betr. Treff mit GM „Erich“ am Donnerstag 18.4.63 – 10.00 Deutsches Theater sowie Tonbandabschrift vom 20.4.1963 in: BStU, MfS, AIM 10998/66/ II/Bd 2, S. 83-91.

angeblich auf einer Rückkehr in den Westteil Berlins. Tatsächlich erfolgte die Übersiedlung im Auftrag des MfS. Guhde hatte sich ebenso wie Jochen Staritz noch im Brandenburger Zuchthaus zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS bereit gefunden.

Die Gründe für die Inhaftierung des West-Berliner SED-Mitgliedes Edgar Guhde lagen 1963 über sieben Jahre zurück. Guhde hatte eine Ausbildung an der Fachhochschule für Bibliothekare in Ost-Berlin absolviert und gehörte der SED in Frohnau, der FDJ und dem Kulturbund an, bis er als Zwanzigjähriger der Internationalen Gesellschaft zum Studium des Sozialismus (IGSS), gegründet 1956 in England, beitrug. Deren deutscher Sektion standen Viktor Agartz und der Herausgeber der linkssozialistischen *Anderen Zeitung* Gerhard Gleißberg vor. Die Berliner IGSS-Gruppe hatte vierzehn Mitglieder, vier von ihnen waren inoffiziell mit dem MfS verbunden. Edgar Guhde wurde am 31. März 1957 einstimmig aus der SED Frohnau ausgeschlossen, Grund: „Parteifeindliches Verhalten, Fraktionsarbeit und antisowjetische Einstellung“. Guhde hatte eine Plattform ausgearbeitet, die als offener Brief „Ein Wort an die SED“ erscheinen sollte. Darin wurde die „Überwindung des Stalinismus in der SED“ gefordert, die innerparteiliche freie Diskussion sowie die Zurücknahme des Zentralismus nach jugoslawischem Vorbild. Guhde wurde außerdem vorgeworfen, daß er eine Erneuerung der SED fordere und die Ursachen des Stalinismus auf das sowjetische System zurückführe. Seiner Auffassung nach sei das sowjetische System nicht sozialistisch. Guhde stütze sich bei seinen Auffassungen auf jüngste polnische Äußerungen, auf Positionen der Nenni-Sozialisten und auf den „jugoslawischen Weg“. Guhde habe vor dem „faschistischen Putschversuch“ in Ungarn einen „Petöfi-Zirkel“ gegründet, in dem revisionistische Texte diskutiert wurden. Die Auffassungen Guhdes waren nach Ansicht des MfS von den Ideen Wolfgang Harichs inspiriert.⁵⁸ Zum politischen Freundeskreis Guhdes gehöre auch Jochen Staritz, der ebenfalls der IGSS angehörte und aus der SED ausgeschlossen wurde.

Edgar Guhde war seit 1957 an der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) als Hörer eingeschrieben. Oberstleutnant Heine, AG Sicherung I schlug in einem Auskunftsbericht am 31. Oktober 1957 die Festnahme Guhdes vor, sobald er den „demokratischen Sektor“ betreten würde. Guhde wurde nun als OV „Spinner“ bearbeitet. Als Zeugen gegen ihn stünden Dr. Bruno Kaiser vom IML, die Bibliothekarin Barbara Baumann (SED) und Peter Neuhoff (SED) vom Berliner Rundfunk zur Verfügung. Alle drei hätten Schreiben von Guhde erhalten, mit denen dieser sein Ziel einer „Aufweichung“ der SED verfolgte.

Das MfS plante zunächst, Guhde in der S-Bahn festzunehmen, wenn er am 5. Dezember 1957 von Frohnau zum U-Bahnhof Yorkstraße führe, um im Lokal Möricke an der zur Ecke Katzbachstraße an einer Diskussionsrunde der IGSS teilzunehmen. Er werde auf seinem Weg die S-Bahnstationen Nordbahnhof, Friedrichstraße, Unter den Linden und Potsdamer Platz passieren. Dieser Plan scheiterte aus unbekanntem Gründen. Die Festnahme Guhdes gelang dem MfS jedoch acht Tage später am 13. Dezember 1957 als er um 23.50 Uhr mit der S-Bahn den Bahnhof Neanderstraße im Ostsektor durchfuhr.⁵⁹ Bezirksgericht Frankfurt/Oder verurteilte Edgar Guhde im August 1958 wegen Staatsverrats (§ 13 StEG) zu acht Jahren Zuchthaus. In der Haftanstalt Brandenburg erklärte sich Edgar Guhde zur Kooperation mit dem MfS bereit. Auf Anforderung des Chefs der Abteilung II in der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des MfS, Major Schwanitz, wurde Guhde 1962 wie zuvor auch schon Jochen Staritz „aus operativen Gründen“ vorzeitig

58 MfS, BV Groß-Berlin (mehrere Abteilungen); Bezirksleitung der SED Groß-Berlin; HA V, Arbeitsgruppe Sicherung: Sammelakte über Edgar Guhde mit Unterlagen vom 20. September 1956 bis zu seiner Entführung am 13. Dezember 1957. BStU, ZA, MfS, AOP 720/58.

59 HA VIII, Referat III: Festnahmebericht vom 13.12.57. BStU, ZA, MfS, AU 1802/58 Bd. 1.

aus der Haft entlassen. Noch in der Haftanstalt erstellte er Personendossiers über sein früheres politisches Umfeld sowie über Hochschullehrer an der DHfP, so über Gerhard Gleißberg, Wolfgang Abendroth und Ossip K. Flechtheim. Unterdessen hatte der SDS auf seiner 17. ordentlichen Delegiertenkonferenz im Oktober 1962 in einer Resolution die Freilassung von Edgar Guhde, Jochen Staritz und Heinz Brandt aus DDR-Haft gefordert. Guhde und Staritz wurden in der Resolution kurzerhand zu SDS-Mitgliedern erklärt, was nicht ganz den Tatsachen entsprach.⁶⁰ Im Juni 1963 erteilte das MfS Guhde unter dem Decknamen „Werner Blum“ den Auftrag zur Rückkehr nach West-Berlin. Er sollte sich an der Freien Universität immatrikulieren und im SDS oder im SHB engagieren.

Guhde traf sich in den folgenden Jahren regelmäßig mit seinen MfS-Führungsoffizieren und berichtete bei Treffen in Ost-Berlin, zu denen er via Friedrichstraße geschleust wurde, über die Lage in West-Berlin, über seinen Bekanntenkreis, über die Entwicklung der Neuen Linken, über seine Professoren am Otto-Suhr-Institut etc. pp. „Ein gewisser Dutschke“ tauchte in seinen Berichten erstmals im Februar 1967 auf. Dutschke habe nach einer Filmvorführung im Audimax - gezeigt wurde ein chinesischer Film über die Kulturrevolution - die Politik der KP Chinas befürwortet. Sehr ausführlich fallen Guhdes Berichte über seinen Förderer Ossip K. Flechtheim aus, der ihn als Assistent bei den Soziologen unterbringen wollte. Seine Anstellung dort scheiterte laut Guhdes Bericht an die Stasi. Bei seinem Bewerbungsgespräch am Soziologischen Institut der FU hätten die Assistenten „saure Gesichter“ gezogen als er über seine Haftzeit in der DDR sprach.

Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei kam es zum Zerwürfnis zwischen Guhde und dem MfS. Guhde erschien zwar zu weiteren konspirativen Treffen in Ost-Berlin und berichtete über Personen aus seinem neuen Berufsumfeld im Max-Planck-Institut, kritisierte aber zugleich heftig die DDR-Haltung zum Prager Frühling. Schließlich drängte er selbst zum Abbruch der Beziehung. Nach mehreren Versuchen seines Führungsoffiziers, Oberleutnant Vogel, ihn weiterhin an das MfS zu binden, verfaßte Vogel am 18. Februar 1971 einen Abschlußbericht zu IM „Werner Blum“. Dieser habe erklärt, er beurteile das politische System nach dem Maße der dort herrschenden Menschlichkeit und Freiheit und sei über die Entwicklung in der DDR enttäuscht. Laut Vogels Abschlußbericht erklärte Guhde, „daß er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, die Zusammenarbeit mit einem Staat, der nicht seinen Vorstellungen entspricht, fortzusetzen“. Vogels Schlußfolgerung: „Es zeigt sich an den CSSR-Ereignissen, daß der IM offensichtlich seine im Jahre 1957 vertretenen opportunistischen Auffassungen noch nicht überwunden hat.“⁶¹ Edgar Guhde engagierte sich seit den frühen 70er Jahren bis zu seinem Tod im Februar 2017 als Aktivist und Autor in der Ökologie- und Tierrechtsbewegung.

Walter Rosenow alias Walter Völkel

Ein Leserbrief des 19-jährigen Hamelner Gymnasiasten Walter Völkel, den der stellvertretende Chefredakteur der *Jungen Welt* an das MfS weitergab, erregte die Aufmerksamkeit des Staatssicherheitsdienstes. Im Dezember 1962 verabredete sich Völkel anlässlich eines Besuches in Ost-Berlin mit zwei „Journalisten“, die ihm eine Zusammenarbeit mit einem „Internen Pressedienst“ der DDR und die Erstattung von Auslagen für Recherchen anboten. Nach ersten „journalistischen“ Rechercheaufträgen über sein

60 Siehe Sterzel, Diether/Generotzky, Helmut/SDS-BV (Hrsg): Die 17. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS am 4. und 5. Oktober 1962 in Frankfurt am Main; Sondernummer SDS-Informationen. HSA-FU, APO-Archiv, BV, Dks (XIV -XVII) 59 – 62.

61 MfS, BV Groß-Berlin, Abt. II/4: MfS-Unterlagen über die IM-Tätigkeit von Edgar Guhde alias „Werner Blum“. BStU, ZA, MfS AIM 2389/71.

Gymnasium und die örtliche SPD, offenbarten die beiden Rattenfänger dem jungen Mann aus Hameln ihre tatsächliche berufliche Stellung. Da er die DDR für das bessere Deutschland hielt, war er ohne langes Zögern bereit sich als geheimer Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit im Westen anwerben zu lassen. Im Juni 1964 erfolgte in Ost-Berlin seine formelle MfS-Verpflichtung unter dem Decknamen „Walter Rosenow“. Völkel schrieb sich an der Freien Universität ein und trat, wie von seinem Führungsoffizier nahegelegt, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) bei, in dessen Landesvorstand er 1965 die Funktion des Landessekretärs übernahm. Völkel berichtete dem MfS seit 1964 regelmäßig aus dem Innenleben dieses Verbandes und aus der SPD, deren Mitglied er war.

Völkels MfS-Führungsoffizier Leutnant Jaeckel, der später auch für Dietrich Staritz verantwortlich wurde, steuerte seinen IM „Walter Rosenow“ im Laufe des Jahres 1966 auf ein Beobachtungsfeld außerhalb des SHB. Völkel erhielt den Auftrag, wie es Walter Barthel bereits im Februar 1966 empfohlen hatte, die Aktivitäten der „Dutschke-Gruppe“ genauer zu beobachten. Völkel wurde angehalten, Informationen über Rudi Dutschke zu sammeln und über seine öffentlichen Auftritte zu berichten. So schätzte er am 7. Dezember 1966 dem MfS „Hintergründe der Krawalle an der FU um die Studienreform“ ein. Als Vertreter des linken Flügels im SDS machte er Rudi Dutschke aus, über den er mitteilte: „stammt aus der VR Polen. Student der Soziologie oder Philosophie an der FU, z. Z. Assistent und Doktorand bei Prof. Dr. Lieber, Rektor der FU.“ Dutschke habe am 26. November 1966 auf einer AStA-Versammlung erklärt, „man müsste eine ‚revolutionäre Situation‘ schaffen. Das letzte Ziel wäre. Eine Gegenuniversität zur Fu nach dem Muster von Berkley USA (Kalifornien) zu gründen. (Studenten legen selbst Inhalt und Form der Vorlesungen und Seminare fest.) Dutschke lehnt die bisherige Taktik des SDS, durch Diskussionen zur Studienform nach studentischen Wünschen zu kommen, ab.“ Deshalb sei es innerhalb des SDS zu harten Kontroversen gekommen, die den Verband an den Rand des Auseinanderbrechens brachten.

Völkels nächster handschriftlicher Bericht „Betr.: Rudi Dutschke“ entstand am 21. Dezember 1966 und befaßte sich vor allem mit einer Diskussion im Club „Ca ira“. Dort habe eine Amsterdamer „Provo“ den Versammelten „die provokatorische Taktik“ erläutert, „wie sie in Holland gehandhabt wird“. Dutschke habe sich gegenüber „der Provo-Taktik skeptisch verhalten, ihr aber, um Erfahrungen damit sammeln zu können zugestimmt“. Im Ergebnis dieser Diskussion sei die „Spaziergangs-Demonstration“ gegen den Vietnamkrieg am 17. Dezember 1966 auf dem Kurfürstendamm organisiert worden, bei der gleich zu Beginn Rudi Dutschke und seine Frau vorläufig festgenommen wurden. Die Staatsanwaltschaft habe gegen Dutschke wegen des Aufrufs zu dieser Demonstration ein Verfahren wegen „Geheimbündelei“ eingeleitet. Zwei Tage nach der Spaziergangs-Demonstration fand in der Aula einer Schule in der Askanischen Straße eine von der sozialdemokratischen Jugendorganisation „Die Falken“ organisierte Diskussionsveranstaltung statt, zu der Ernest Mandel („Linksozialist aus Brüssel“) eingeladen war, um mit Rudi Dutschke über die chinesische Kulturrevolution zu diskutieren. Während Mandel sich kritisch über die chinesische Kulturrevolution äußerte, habe Dutschke sie nach Völkels Wahrnehmung „als Mittel, um die Revolution zu beleben und fortzuführen“ verteidigt.⁶²

62 Die zitierten Berichte Walter Völkels finden sich im 1. Band seiner Arbeitsakte unter BStU, MfA, AIM 8806/91, Band II/1 S. 162 ff.

Nach vielen Veranstaltungsprotokollen und Informationen vom Hören-Sagen über Rudi Dutschke, die Völkels Berichtsaufkommen im Jahr 1967 durchziehen, lieferte er im Januar 1968 dem MfS eine ausführliche Analyse über „Dutschkes Auffassung über die Entwicklung in Universität und Gesellschaft“. Völkels Abhandlung, die wie eine Hauptseminarpapier daher kommt, enthält im 3. Abschnitt über „Strategie und Taktik“ folgende Zusammenfassung der Rudi-Dutschke-Ideen: „Die Entwicklung der Produktivkräfte habe einen Punkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden sei. ‚Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte endlich bewußt zu machen‘. Oder an anderer Stelle: ‚Mehr denn je hängt es von unserem Willen nach Umgestaltung ab, daß die bestehende Gesellschaft abgeschafft wird.‘ [...] Vor allem im *Oberbaum Blatt* wurde von D. und ihm ideologische nahestehenden Autoren die Strategie der ‚Verweigerungsrevolution‘ entworfen, deren vorläufiger Höhepunkt die Blockierung der Produktion bzw. Verteilung von Springerzeitungen an einem bestimmten öffentlich bekanntgegebenen Termin stattfinden soll.“ Damit würde nach Dutschkes Vorstellung, „das bestehende System empfindlich an seinem Lebensnerv, der manipulativen Beherrschung der Massen“, getroffen. „Der Prozeß der Verweigerungsrevolution soll für die Menschen ein sichtbarer und von ihnen verursachter ‚tendenzieller Zusammenbruch der etablierten Apparate‘ sein. ‚In dialektischer Parallelität‘ müsse mit dem Zusammenbruchsprozeß der Aufbau ‚neuer, menschlicher Selbstorganisation‘ einhergehen“.⁶³

Während Walter Völkel sich auf eine Beobachterfunktion konzentrierte, spielten andere teilnehmende Beobachter für die theoretische Bildung der jungen Linken eine durchaus tiefergehende Rolle. Der West-Berliner Philosophie-Professor Friedrich Tomberg, Mitarbeiter in der marxistischen Zeitschrift *Das Argument*, behauptet vor einigen Jahren in einer Arte-Dokumentation treuherzig, er habe aus Sorge vor einem dritten Weltkrieg mit der Stasi kooperiert. Auf seiner Homepage ist er etwas ehrlicher, dort bezeichnet er sich selbst als „Schläfer“, auf den künftige Aufgaben warteten. Tomberg floh, als der Stasi-Überläufer Werner Stiller in den Westen wechselte, Hals über Kopf nach Ost-Berlin und lehrte seit 1979 an der Universität Jena Philosophie. Ab 1987 übernahm er die Leitung der Abteilung Geschichte der Philosophie im Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften. Mit ihm und einigen anderen Verkündern des DDR-Marxismus in West-Berlin befaßt sich der zweite Teil dieser Erinnerung an die im Jubiläumsjahr gerne vergessenen Beziehungsgeschichte zwischen Institutionen des SED-Staates und der Studentenbewegung im Westen.

63 Völkels Analyse der Rudi-Dutschke-Idee findet sich in BStU, MfA, AIM 8806/91 Band II/2 S. 106 – 112.